

# zfsö

## ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALÖKONOMIE

- Anja Humburg & Wilfried Bommert **3** Unter falscher Flagge? – Entwicklungspolitik der “New Alliance for Food Security and Nutrition”
- Justina Fischer **11** Positive Auswirkungen des Zustroms von Flüchtlingen für Deutschland
- Roland Geitmann † **19** Geld und Rüstung – Vom Zusammenhang zwischen Geldsystem, Wirtschaftskrisen und Rüstung
- Miles Kimball **25** Negativzinspolitik als konventionelle Geldpolitik
- Johann Walter **38** Durch Negativzinsen zu Wachstum oder zu stationärem und sozialem Wirtschaften?
- Helmut Woll **45** Ivan Illichs sozialphilosophische Kritik an der modernen Industriegesellschaft
- Ulrich Kriese **53** Die Bodensteuer – Politische Debatte und Perspektive
- 57** Berichte – Bücher
- 78** Welt aus den Fugen? - Tagungen des Seminars für freiheitliche Ordnung
- 80** 58. Mündener Gespräche in Wuppertal

## BERICHTE

### Masterstudiengang Plurale Ökonomik an der Universität Siegen

„Die ökonomische Welt ist in Bewegung, die ökonomische Ausbildung nicht. Wir wollen das ändern.“ So lautet das Ziel eines neuen Masterstudiengangs Plurale Ökonomik, der im Wintersemester 2016/2017 an der Fakultät 3 der Universität Siegen startet. Der Masterstudiengang umfasst vier Semester und schließt mit dem Master of Arts ab. Die Leitung liegt in den Händen bei beiden Professoren Gustav Bergmann und Nils Goldschmidt.

*Nähere Informationen:*

mail@master-plurale-oekonomik.de

www.master-plurale-oekonomik.de

### Leopold Kohr-Akademie in Salzburg

Die Philosophie von Leopold Kohr verbindet Kunst, Kultur, Natur, Wissenschaft, Forschung und vor allem Praxis mit vielen Aktionen. Gerade die daraus entstandenen verschiedenen Netzwerke haben dazu beigetragen, dass es seit über

30 Jahren möglich ist, so viele Veranstaltungen, Symposien, Seminare, Akademische Wirtshäuser, Buchprojekte, Exkursionen und Schulveranstaltungen über die Leopold Kohr-Akademie durchzuführen.

Träger der Einrichtung ist der Verein „Tauriska“, der mit der Leopold Kohr-Akademie unter anderem an einer „Theorie kleinräumiger Wirtschaftskreisläufe“ forscht und praktisch an regionalen Beispielen umsetzt. Leopold Kohr hat seine Akademie 1986 im regionalen Kohr-Zentrum im Tauriska-Kammerlanderstall in Neukirchen/Land Salzburg mitbegründet und bis zu seinem Tod 1994 als Präsident begleitet.

An der Universität Salzburg gibt es seit 2008 für Leopold Kohr eigene öffentliche Räume mit einem Leopold Kohr-Forschungszentrum. Es dient der Erhaltung des wissenschaftlichen Nachlasses von Leopold Kohr und wissenschaftlichen Tagungen, u.a. mit TrägerInnen des Alternativen Nobelpreises. Eine Herausforderung und Chance für die Akademie: hier können viele nachhaltige Projekte entstehen und Leopold Kohr in die Lehre der Universität noch mehr einfließen.

Weiters sollen Forschungsarbeiten vergeben werden, ein Leopold Kohr-Preis ist entstanden

### Erfolgreiche Bodeninitiative in Basel/Schweiz

Die Stimmbürger des Kantons Basel-Stadt (Schweiz) haben am 28. Februar 2016 mit einer Zweidrittelmehrheit ein als Volksinitiative eingebrachtes Gesetz angenommen, wonach sich der Bestand an Land im Kantonseigentum ab sofort nicht reduzieren darf und die Abgabe von Kantonsland im Erbbaurecht zum Standard erhoben wird. Landverkäufe bleiben grundsätzlich möglich, müssen aber kompensiert werden, und zwar jeweils innerhalb von drei in sich abgegrenzten Gebieten: Altstadt, sonstige Bauzonen und unbebautes Gebiet.

Auch Landtauschgeschäfte sind möglich. Alle fünf Jahre wird entsprechend Bilanz gezogen. Solange hat die Kantonsverwaltung jeweils Zeit, einen möglichen Verkauf zu kompensieren.

Die für eine Volksinitiative ungewöhnlich hohe Zustimmung erklärt sich zum Einen aus der baulichen Dichte und Bodenknappheit in dem nur 37 qkm großen Kanton. Hinzu kommt ein hohes Problembewusstsein der Bevölkerung, nachdem der Kanton in den vergangenen Jahren wiederholt einzelne Immobilien und größere Stücke Land, auch solche mit historischer Bedeutung, an Private veräußert hat. Weitere Faktoren waren eine außerordentlich hohe Stimmbeteiligung aufgrund wichtiger, gleichzeitig zur Abstimmung stehender eidgenössischer (nationaler) Initiativen sowie eine Abstimmungskampagne, die sich gezielt auch an die bürgerliche Mitte wandte.

Nähere Informationen: [www.neue-bodeninitiative.ch](http://www.neue-bodeninitiative.ch)

und die Thesen Kohrs werden weltweit hinausgetragen. Das Arbeitsprogramm umfasst aber noch viel mehr und wer darüber mehr wissen will, hat die Möglichkeit nach terminlicher Vereinbarung beim Kohr-Forschungszentrum vorbeizuschauen und kann sich dann vor Ort über das Leben und Werk von Leopold Kohr informieren. Weitere Informationen gibt es auf der Website [www.leopold-kohr-akademie.at](http://www.leopold-kohr-akademie.at)

*Ewald Hiebl*

## B Ü C H E R

### David Harvey Siebzehn Widersprüche und das Ende des Kapitalismus

Aus dem Amerikanischen von Hainer Kober  
Berlin: Ullstein Buchverlag, 2015. 373 Seiten.

David Harvey ist Geograph mit marxistischem Hintergrund. Er ist bekannt für einen umfassenden Blick, der auch Anregungen für neue und ungewohnte Sichtweisen gibt. Das weckt Hoffnungen. Der Buchtitel und auch einige Passagen im 2. Kapitel beflügeln diese Hoffnungen, leider werden sie insgesamt enttäuscht.

Harvey beschreibt die Flexibilität und Wandlungsfähigkeit des Kapitals, durchdringt aber das Gemeinsame in aller Widersprüchlichkeit nicht wirklich analytisch. Beispielhaft sei die Bodenproblematik genannt. Das Buch ist durchzogen von Kritik am Privateigentum, als Beispiel dient immer wieder Boden. Dabei unterscheidet Harvey nicht zwischen Eigentum an Boden und Eigentum an den aufstehenden Bauten oder sonstigen „Kapitalgütern“. Auch die Entsprechung zu den anderen Naturressourcen taucht nicht auf. Stattdessen kritisiert Harvey allgemein die „private Aneignung des gemeinsamen Reichtums“ (S. 74) und assoziiert diesen Reichtum mit den Begriffen Land, Arbeit und Geld, ohne die spezifischen Merkmale und Unterschiede dieser drei Kategorien allgemein und im Marktprozess im Besonderen herauszuarbeiten. Der Marktprozess spielt im Buch eine untergeordnete Rolle. Einmal benennt Harvey „die wachsende Bedeutung von ökonomischen Renten aus geistigen

Eigentumsrechten“. (14) Der Begriff der „ökonomischen Rente“ bezeichnet ein Einkommen ohne Gegenleistung. Dies läuft dem Geist von Marktwirtschaft zuwider. Der Neoliberalismus benennt dies nicht, pflegt es aber, und es macht den innersten Kern des Kapitals aus; das wird im Buch aber nicht weiter thematisiert.

Das Buch ist gegliedert in drei Hauptteile, die umschlossen sind von allgemeinen Betrachtungen zur jetzigen Krise des Kapitalismus und zu Widersprüchen generell sowie einem Ausblick auf eine glückliche Zukunft mit einem „Revolutionären Humanismus“ und Ideen für die politische Praxis. Die drei Hauptteile sind jeweils den Grundwidersprüchen, den beweglichen sowie den gefährlichen Widersprüchen gewidmet. Harvey versucht, hinter die Fetisch-Fassade zu blicken, um die Kräfte zu erkennen, die durch ihre Widersprüchlichkeit den Wirtschaftsmotor des Kapitalismus massiv stören. Der Fetisch resultiert aus dem Widerspruch zwischen Sein und Schein, und er ist mit der Existenz von Geld verbunden. (21-24)

Die Kapitelüberschriften lesen sich wie eine Darstellung der verschiedenen Oberflächen-Facetten der kapitalistischen Wirklichkeit. Diese Darstellung ist vielfältig und umfassend, aber es fehlt das darunter liegende gemeinsame Band. Dabei finden sich verstreut Sätze, die Teile dieses Bandes sein könnten: „Der Tauschwert wird zur treibenden Kraft.“ (34) „Der Austausch von Gebrauchswerten ... ist ... bei hochentwickelter Arbeitsteilung ... von größter Bedeutung.“ (42) „Wieso ist Geld so wichtig und warum scheint der Wunsch nach mehr Geld ... zu regieren?“ (43) „Privateigentum als Monopolmacht ... , besonders ... bei Land ... , räumliche Lage.“ (163)

Wie Harvey selbst sagt: In arbeitsteiligem Wirtschaften sind Gebrauchswerte, also Güter (fast) nur erreichbar, wenn Geld als Repräsentant des Tauschwertes verfügbar ist. Das macht Geld unentbehrlich. Hier liegt ein wesentlicher Grund dafür, warum Geld regiert. Ob deshalb der Zins, der für eine temporäre Überlassung bezahlt wird, als „Tauschwert“ bezeichnet werden kann, sei hier dahingestellt. Als „Tauschwert des Geldkapitals“ bezeichnet Harvey die Zinszahlung, nennt dies aber „eine äußerst tautologische

Aussage“. (47) Warum wird Zins bezahlt? Weil anders Geld nicht eine Zeit lang anderen zur Nutzung überlassen wird, und nicht etwa deshalb, weil es eine Ware würde. Das macht Geld zu „Kapital“, also zu einer Sache, die für den Eigentümer einen Ertrag, bei Geld und Boden eine Rente abwirft. Diese Rente ist der zweite wesentliche Grund, weshalb Geld regiert. Diese beiden Gegebenheiten – die Unentbehrlichkeit, die die „Rententrächtigkeit“ nach sich zieht – erklären einen Großteil der Phänomene, die Harvey insbesondere in den beiden Teilen ‚bewegliche und gefährliche Widersprüche‘ schildert, nämlich u.a. Erwerbslosigkeit, soziale Spaltung, Vermögenskonzentration, zunehmende Finanzialisierung, Austeritätsprogramme, Aushöhlung der Demokratie usw. Diesen Kern benennt Harvey nicht, schreibt aber dann: „Um eine Vorstellung davon zu bekommen, wie eine Alternative zum Kapitalismus aussehen könnte, müssen wir eine funktionstüchtige, geldlose Wirtschaft entwerfen.“ (54, 56) Das schüttet nun das Kind mit dem Bade aus.

Wenn Harvey meint, Geld solle eigentlich den gesellschaftlichen Wert schöpferischer Arbeit repräsentieren (51), so verkennt er zum einen, dass die grundlegende Funktion des Geldes der Güter- oder Gebrauchswert-Transport sein soll, und dass zum zweiten der „Wert“ von u.a. Land nicht durch gesellschaftliche Arbeit bestimmt ist. Bei der Kritik am privaten Eigentum an Land fasst Harvey den Begriff „Land“ weit: Infrastrukturen (100), „natürliche Monopole“ (158); ebenso nennt er in diesem Zusammenhang „geistiges Eigentum“ (62), Patentschutz und Lizenzvereinbarungen. (168) Die Rententrächtigkeit dieser „Gegenstände“ erhält durch die o.g. Geldeigenschaften noch verstärktes Gewicht und eine eigene Dynamik.

Im Kapitel „Monopol und Wettbewerb“ wird der Begriff der (ökonomischen) Rente, das „Rentenstreben“ (159) erwähnt, der Zusammenhang von Monopol und Privateigentum wird genannt. Aber auch in diesem Kapitel differenziert Harvey nicht wie Dirk Löhr zwischen Privateigentum an schwer ersetzbaren und schwer vermehrbaren Gütern, eben Naturre Ressourcen einerseits und Gütern, die von Menschen gemacht sind, ande-

rerseits. Im ersten Fall kann Wettbewerb das Monopol nicht angreifen, im zweiten schon. Hier differenziert auch neoliberales Denken nicht.

„Es ist eminent wichtig, dass wir Alternativen entwerfen, egal, wie merkwürdig sie erscheinen mögen“ (16), formuliert Harvey ganz am Anfang als Ziel seiner Studie. Diesem Anspruch folgend hat er sich offenbar mit dem von Keynes als „seltsamen, zu Unrecht übersehenen Propheten Silvio Gesell“ beschäftigt. Er nennt den Vorschlag Gesells das Geld betreffend ein „Quasigeld, das oxidiert, wenn es nicht verwendet wird“ (54), folgert daraus aber die Unmöglichkeit, „es für künftige Ausgaben zurückzulegen. Beispielsweise würden die Pensionsfonds verschwinden.“ Harvey bemerkt dann zurecht, dass dieses Verschwinden kein Verlust wäre, da grundsätzlich umlagefinanzierte Rentensysteme im Unterschied zu kapitalgedeckten stabil sind. (55) Die Aussage, im „Quasigeld“ Gesells könne nicht gespart werden, ist aber unzutreffend. Die „Oxidation“ greift ja nur liquide Mittel an, nicht aber länger festgelegte Geldguthaben. Daher könnte dieses Quasigeld nach Gesells (und auch Keynes') Überlegungen zu einem stabilen Nullzinsniveau führen – mit allen Konsequenzen für die sog. „angemessene“ Mindestrentabilität generell von Geldkapital. So würde die „Selbstvermehrung“ der Sparvermögen (22) gebremst, aber „Sparen in Geldanlage“ bliebe deshalb trotzdem möglich und attraktiv. Harvey lässt auch außer Acht, dass Gesell den untrennbaren Zusammenhang von Geldzins und Bodenrente gesehen hat, daher auch die Vorschläge Gesells zur Vergemeinschaftung der Bodenrente. Insofern könnte man sagen, Marx und Gesell waren sich einig, dass „Reformen innerhalb des Geldsystems allein nicht genügen würden, um die Macht des Kapitals zu zerschlagen.“ (55/56)

Harvey wird seinem Ruf, neue und ungewohnte Sichtweisen – gerade auf der „Linken“, der er sich zugehörig fühlt und deren gesellschaftsverändernde Macht er stärken möchte – einzubringen, nur unzureichend gerecht. Das ist sehr bedauerlich.

*Alwine Schreiber-Martens*

## Barbara Muraca Gut Leben – Eine Gesellschaft jenseits des Wachstums

Berlin: Klaus Wagenbach Verlag, 2014. 94 Seiten.

In einem kleinen übersichtlichen Band gibt Barbara Muraca einen kompakten Überblick über Geschichte, zentrale Gedankengänge und Denkweisen der neu entstehenden Bewegung für eine Gesellschaft jenseits des Wachstums. Die Philosophin macht dies besonders aus der Perspektive des konkret-utopischen Denkens, aber auch der Utopiekritik deutlich: „Dieses Buch erzählt die utopische Vision einer Postwachstumsgesellschaft, ihre Potentiale, ihre Geschichte, ihren Stammbaum, aber auch ihre Tücken und Gefahren“. (S. 12)

Muraca zeichnet nach, wie die Idee einer vom Wachstumszwang befreiten Gesellschaft, in der das gute Leben für alle im Vordergrund steht, die drei typischen Merkmale einer Utopie enthält: Sie spendet Hoffnung und Trost angesichts festgefahrener problematischer Verhältnisse, sie leistet Kritik aus externer Perspektive und sie ermöglicht die Reflexion über Wünsche und Veränderungen durch die Darstellung von Alternativen. Weil eine Utopie zunächst aus dem Jenseits der realen Verhältnisse kommt, wäre ihre unmittelbare Verwirklichung zum Scheitern verurteilt, als wenn man ein „unter strengen Laborbedingungen entwickeltes Experiment ohne Anpassungen an die externen Gegebenheiten nach außen tragen“ wollte. Eine konkrete Utopie im Sinne Ernst Blochs hingegen „spüre real mögliche Entwicklungstendenzen auf und verstärke sie mit militantem Optimismus“. Damit eine Utopie wirksam werden könne, müssten die „aufgespürten alternativen Potentiale in die etablierten gesellschaftlichen Muster eingefädelt werden“. (17) Auch in herrschenden Ideologien sei immer ein „Überschuss an kritischen Deutungen und Versprechungen“ enthalten, die über die „aktuell verwirklichte Gestalt“ hinausgingen. Ein solcher ist die Idee vom „guten Leben“ für alle, mit der die kapitalistische Wachstumsökonomie zumindest implizit historisch angetreten ist.

Die Frage nach dem „Guten Leben“ sei heute in die Privatsphäre des Einzelnen verbannt, als „Optionsfreiheit“ des Konsumenten, sich einen

Lebensstil innerhalb vorgegebener Gesellschaftsstrukturen zuzulegen bzw. zu erkaufen. Dagegen setzt die Autorin mit der Postwachstumsbewegung die „Gestaltungsfreiheit“ des Bürgers, die gesellschaftlichen Bedingungen für ein gutes Leben für alle demokratisch auszuhandeln. Muraca versteht die konkrete Utopie einer Gesellschaft jenseits des Wachstums als politische Ökologie. Diese konzipiert – im Unterschied etwa zur biologistisch argumentierenden Tiefenökologie – das Mensch-Natur-Verhältnis als komplexe, aber gestaltbare Beziehung. In Anlehnung an kritische Ökologen wie Cornelius Castoriadis oder André Gorz, beides geistige Väter der französischen Decroissance-Bewegung, betont sie die kreativ-subversive Kraft der politischen Ökologie als demokratische Selbstgestaltung der Gesellschaft. Diese sei wesentlich durch dezentrale Autonomie in demokratischen Betrieben und Gemeinschaften zu realisieren, wenn auch Muraca den Mangel einer Konzeption übergreifender Koordination anspricht. Wie die kleinen, miteinander verbundenen Selbstverwaltungsstrukturen, in denen das „gesellschaftlich Nützliche und Kreative gemeinschaftlich und demokratisch entsteht“, mit dem Anspruch auf „institutionelle Koordination der Bereitstellung der notwendigen Güter und Dienstleistungen für alle“ kohärent verbunden werden kann – bleibt tatsächlich bei Gorz genauso unklar wie in der heutigen Postwachstumsbewegung.

Der Lokalismus bzw. der Mangel an Konzeptionen für gesamtgesellschaftlichen Ausgleich wird von Muraca bei ihrer Darstellung verschiedener Postwachstumskonzeptionen immer auch kritisch diskutiert: Während für Niko Paech etwa „individuelle Leistung und Genügsamkeit eine zentrale Rolle für den Wandel spielten“, betone Serge Latouche zwar „stärker kollektive Formen der gesellschaftlichen Umgestaltung“. Beide Entwürfe seien aber „gegen die Gefahr eines ideologischen Lokalismus nicht immun“, der zu „antimanzipatorischen Wendungen“ führen könne.

So wie jede Utopie ihre Gefahren habe, gebe es auch für die Postwachstumsbewegung „falsche Freunde“, „gefährliche Verbündete“ und „Irrwege“. Als letzteren charakterisiert sie den Ansatz von Meinhard Miegel. Sein „Exit“ sei eine

Notlösung unter geltenden Systembedingungen. Miegel vertrete „neue alte Werte“ wie Eigenverantwortung, Freiheit, Bescheidenheit als Ersatz für einen zu fürsorglichen Wohlfahrtsstaat, der zur Unmündigkeit und zur Erosion sozialer Beziehungen geführt habe. Muraca analysiert dies als „Anpassung der Bedürfnisse und Glücksvorstellungen an veränderte Zwänge, die nun Austerität und Sozialkahlschlag heißen“. (62) Der „vermeintlichen Bevormundung des Staates“ würden der „Paternalismus der Bessergestellten“ (Mildtätigkeit statt sozialstaatlicher Rechte) und die „patriarchalen Verhältnisse der traditionellen Familie“ entgegengesetzt. Dagegen könne man nur „wirklich frei“ sein, wenn die „materiellen Nöte gelindert sind“. Zudem würden der anvisierte Zeitgewinn und die Muße für künstlerische Tätigkeiten nicht realisiert werden können, wenn die Menschen den ganzen Tag mit mehreren Mini-Jobs und vermehrter Reproduktionsarbeit verbringen müssten. Das Exit-Modell Miegels sei ein Refeudalisierungs- und Entsolidarisierungsprojekt – vormoderne Formen der Verteilung von Einkommen, Anerkennung und Macht würden damit reetabliert.

Als ebenso gefährlich beschreibt Muraca die Vereinnahmung von Postwachstumswünschen durch die neue Rechte, etwa bei Alain de Benoist. Er versuche zentrale rechte Gedanken wie Homogenität oder Abschottung mit einer Kritik am westlichen Entwicklungsgedanken, der instrumentellen Vernunft, des Eurozentrismus etc. zu legitimieren. Statt einer Moderne, die mit ihrem Menschenrechtsuniversalismus alles andere als unterentwickelt abstempele und Differenzen ignoriere, sollten sich die Völker nach eigener Tradition entwickeln. Benoist übernehme Argumente der Globalisierungskritiker, allerdings ohne ihre herrschaftskritischen Bezüge. Sein Bioregion-Ansatz basiere auf einem organistischen Prinzip einer Gemeinschaft von Natur und Menschen, an der alle ihren vorgegebenen Platz einnehmen und sich hierarchisch unter das Ganze unterordnen.

Neben diesen Gefahren einer konservativen (Miegel) oder rechtsextremen (de Benoist) Vereinnahmung der Postwachstumsbewegung problematisiert Muraca weitere „gefährliche Verbündete“: Mit der Orientierung „Alle Macht dem

Lokalen“ klinge auch „Lokalpatriotismus“ mit und „vormoderne Tauschformen“ würden idealisiert, deren Unterdrückungsverhältnisse ausgeblendet blieben. Kritisch sieht die Autorin auch Argumentationen, die auf dem Glücksempfinden der Menschen aufbauen. Dieses könne auch als Bewältigungsstrategie für ein schlechtes Leben fungieren. Auch eine „Ökonomie der Einfachheit“ sei nicht unproblematisch, könnte diese gerade den Ärmsten angedient werden. Für „Weniger ist Mehr“ seien unverteilende Rahmenbedingungen nötig. Aufpassen müsste die Bewegung nicht zuletzt mit dem Topos der „Befreiung von der Arbeit“ durch Arbeitszeitverkürzung: Wer macht dann die weiter „notwendigen“, heute oft unentgeltlich geleisteten Tätigkeiten? Jede Form von Arbeit müsse in den Blick genommen werden, wie es etwa bei dem (Re-)produktivitätsansatz des Netzwerks Vorsorgendes Wirtschaften oder der Vier-in-Einem-Perspektive von Frigga Haug der Fall sei.

Generell gehe es darum, gutes Leben „als politische Frage gemeinsam auszuhandeln und die Rahmenbedingungen ihrer Verwirklichung zu gestalten“. Dafür gebe es weder eine „Landkarte“ noch „markierte Pfade“, die uns vorm „Abdriften“ und „falschen Freunden“ schützten. Allenfalls „Wegweiser“ könnten benannt werden, ausgehend von existierenden Initiativen, Projekten und Diskussionen der Postwachstumsbewegung.

Einer dieser Wegweiser ist die Organisation des Wirtschaftens über Commons, verstanden nicht nur als gemeinschaftliche Bewirtschaftung von Ressourcen, sondern als „neue Form der Beziehungen“. Wettbewerb bei „Sport und Spiel“ sei in Ordnung, alles andere besser durch Kooperation zu bewältigen. Das sei kein Zurück in vorindustrielle Zeiten, vielmehr ließen sich neue Technologien und Dienstleistungen „vollständig lokal, dezentral und gleichzeitig global durch Vernetzung und Austausch“ gemeinsam entwickeln. Auch wenn solche Produktionsweisen aktuell erst Experimentiernischen seien, die noch abhängig vom restlichen Produktionssystem sind, verwiesen sie auf die Möglichkeit einer „umfassenden Veränderung“.

Als zweiten Pfeiler nennt Muraca Umverteilung. Ausgehend von den Erkenntnissen von Wilkinson

& Pickett betrachtet sie Ungleichheit und Statusangst als Wachstumstreiber. Deshalb gehöre zu einer Postwachstumsgesellschaft eine Grundversicherung, die „allen ein würdevolles Leben“ ermögliche sowie die „Umverteilung materieller Ressourcen“, etwa in Form eines BGE (Bedingungsloses Grundeinkommen) oder der in der französischen *Decroissance*-Bewegung entwickelten DIA (*Dotation Inconditionnelle d'Autonomie*): Eine Art materielles Grundeinkommen in Form von Zugang zu Bildung, Mobilität, einer Fläche zum Wohnen etc. Aus dem Anspruch auf Solidarität als „leitendes Gerechtigkeitsprinzip einer Postwachstumsgesellschaft“ folge, dass eine „Ansammlung kleiner, selbstgenügsamer, isolierter Postwachstumsgemeinden, in denen die Solidarität an den geographischen oder politischen Grenzen der Gemeinschaft“ aufhöre (85), keine wünschenswerte und auch keine durchhaltbare Option sei. Solidarische Ökonomie bedeutete zunächst Selbstverwaltung der eigenen Produktion, etwa in Genossenschaften. Diese betriebsinterne Solidarität erweitere sich aber auf weitere Betriebe des „lokalen, regionalen und sogar weltweiten Netzwerks, die miteinander nicht in Konkurrenz wie die klassischen kapitalistischen Unternehmen stehen, sondern kooperieren.“ (86) Diese nicht am Profit orientierte Logik der Betriebsführung gelte auch für industrielle Produktion mit Zuliefererketten. Neben solidarischen Formen des Tausches könne es aber auch marktvermittelte geben. Das gelte allerdings nur für kleine Unternehmen, nicht für große Konzerne.

Zu einer Postwachstumsökonomie gehöre neben gemeinschaftlichen Formen des Eigentums und der Güternutzung eine wiedereingebettete Rolle des Geldes: Es solle vom Staat verwaltet und an Banken geliehen werden – also eine Umkehrung des jetzigen Verhältnisses.

Als zentralen Punkt markiert Muraca die Erneuerung der Demokratie: Eine Postwachstumsgesellschaft könne zu einem „Rettungsanker echter Demokratie“ werden. Nachdem Wachstum früher „entscheidend für die Stabilisierung demokratischer Wohlfahrtsstaaten“ gewesen sei, sei es nun zu einer Bedrohung für ihren „demokratischen Kern“ geworden: Die Reaktionen auf Wachstumskrisen wie etwa Privatisierung, Ver-

schuldung und Austerität hätten demokratische Staaten geschwächt. Losgelöst vom Wachstumszwang könne eine Gesellschaft über ihre „Prinzipien und Formen des Zusammenlebens“ wieder selbst bestimmen: „Demokratie braucht Postwachstum, und gleichzeitig braucht auch Postwachstum Demokratie“. (88) Mehr Wirtschaftsdemokratie bedeute, die „gesamten Bedingungen der Produktion und der Bereitstellung von Dienstleistungen, Konsum und Nutzung demokratisch zu gestalten und nicht den Kräften des Marktes zu überlassen“. Jenseits zentraler Planwirtschaft einerseits und reiner Konsumentenrolle andererseits sollen die Bürger sich zivilgesellschaftlich aktiv an „ökonomischen Prozessen durch Genossenschaften, solidarische Betriebe und selbstverwaltete Strukturen“ beteiligen.

Für diesen Weg zu mehr Demokratie sei eine „Veränderung der Zeitstrukturen der Gesellschaft“ nötig. Dies ist unmittelbar plausibel. Jeder, der einmal versucht hat, in einer Genossenschaft, einem Wohnprojekt oder auch einer lokalen Agendagruppe ernsthaft Prozesse und Produkte mitzugestalten, weiß, dass Partizipation mit hohem Zeitaufwand verbunden ist. Dieser Widerspruch zwischen Zeitwohlstand und Basisdemokratie wird von Muraca allerdings nicht weiter diskutiert. Mit Jürgen Habermas ließe sich dazu sagen, dass in posttraditionalen komplexen Gesellschaften nicht alles lebensweltlich-diskursiv kommuniziert werden kann. Die entlastende Herausbildung von Systemen mit automatisierten Steuerungsmedien wie Geld oder politisch-administrativer Entscheidungsmacht sind in der Moderne unausweichlich, allerdings auch ständig mit der Gefahr der Überformung der diskursiven Demokratie durch verselbständigte systemische Imperative des Geldes und der politischen Macht („Kolonisierung der Lebenswelt“) verbunden. Die Lösung der Demokratiekrise kann demnach nicht in totaler Partizipation liegen, sondern in einer Abwehrbewegung gegen Tendenzen der ökonomischen Kolonisierung, durch Setzung von Rahmenbedingungen für ein sozial-ökologisches Wirtschaften ohne Wachstumszwang. Das kann zum Beispiel ein Grundeinkommen sein in monetärer oder materialer Form, um die Wachstumstreiber Ungleichheit und ökonomische Not zu

begrenzen. Das können zum Beispiel der Verbrauch von Ressourcen oder die Benutzung von Umweltmedien begrenzende Regulierungen sein wie etwa CO<sub>2</sub>-Zertifikate oder Ökosteuern.

Die Diskussion und Bestimmung dieser Rahmenbedingungen bzw. – in ihren Worten – die „übergeifende Koordination“ markiert Muraca als noch weitgehend ungelöste Demokratietaufgabe, für die es noch „keine ausgearbeiteten Überlegungen“ gebe. Welche „noch zu erfindende Gestalt“ die Postwachstumsgesellschaft annehmen werde, sei schwer zu sagen. „Illusorisch“ nennt sie ein Denken, nach dem „sie (die Gestalt, US) nur über die Kooperation zwischen selbstständigen Lokalgemeinden aufrechtzuerhalten wäre“. (89) In jedem Fall sei aber „eine gelebte und offene Demokratie“ die „fundamentale Bedingung für ein gutes Leben für alle“, zu dem eine „ständige Auseinandersetzung über die geteilten Grundwerte, die Überprüfung möglicher Diskriminierungen und die Bewahrung von Räumen für Widerstand, Kritik und Opposition“ (ebd.) gehören.

Fazit: Eine übersichtliche, sehr gut lesbare Einführung in das Denken der Postwachstumsbewegung, die – und das ist sozusagen ihr Alleinstellungsmerkmal – neben dem wohlwollenden Überblick über ihre Bestandteile den Blick auch auf aus emanzipatorischer Sicht problematische Elemente und Anschlüsse lenkt.

*Ulrich Schachtschneider*

### **Serge Latouche** **Es reicht! – Abrechnung mit dem Wachstumswahn**

(mit einem Vorwort von Niko Paech)

München: oekom Verlag, 2015. 208 Seiten.

Nachdem die 4. Internationale Degrowth-Konferenz nach Frankreich, Spanien und Italien 2014 in Deutschland stattfand, erreicht nun auch eine zentrale französische Schrift der Décroissance-Bewegung den deutschen Sprachraum. Serge Latouches Buch „Es reicht! Abrechnung mit dem Wachstumswahn“ ist eine Zusammenfassung seiner Analyse zum Thema Décroissance beziehungsweise Degrowth – passenderweise übersetzt von einem Kollektiv.<sup>1</sup> Acht Jahre nach der französischen Erstveröffentlichung lässt sich

sagen: Das wurde auch Zeit, denn Serge Latouche gilt neben Paul Ariès und Vincent Cheynet als Vordenker der französischen Décroissance-Bewegung.

In einer schonungslosen Analyse geht der emeritierte Ökonomie-Professor den Gründen für die ökologischen und sozialen Missstände unseres Wirtschaftssystems nach. Als Hauptproblem macht er die Maßlosigkeit aus, die fest verankert in der „techno-ökonomischen Handels-Megamachine“ sei. (S. 19) Die Werbung lasse uns begehren, was wir noch nicht haben, und mache uns madig, was wir schon genießen. Sie würde unerlässlich neue Bedürfnisse erwecken und der Kredit ermögliche, dass diese durch neue Güter befriedigt werden können. Schließlich sorgen die geplante Obsoleszenz, also bewusst in Kauf genommene Sollbruchstellen und fehlende Ersatz- und Reparaturmöglichkeiten, dafür, den „Teufelskreis der Konsumgesellschaft“ (S. 36) am Leben zu halten. In der Folge würden nicht nur die Fundamente des sozialen Zusammenhalts untergraben, sondern auch die ökologischen Lebensgrundlagen der Menschheit zerstört. Als Belege führt Latouche auf insgesamt 40 Seiten Fußnoten und Literaturverweisen (bei 145 Seiten Text) nicht nur alt bekannte Studien, sondern auch eindrucksvolle Beispiele wie die „Odyssee der dänischen Krabben“ (S. 84) an, welche die Absurdität des herrschenden Wirtschaftssystems offenbaren.

Doch die Schuldigen sind nicht so leicht identifiziert: Es gebe nicht das eine Feindbild. Was Harald Welzer mit den „mental Infrastrukturen“<sup>2</sup> beschreibt, findet sich bei Serge Latouche als „Kolonisierung des Imaginären“ wieder. Die Vorstellungswelt sei vollkommen von der Wachstumsgesellschaft vereinnahmt und die „konkrete Utopie“ der Décroissance daher nur in einer Postwachstumsgesellschaft realisierbar. Der Weg dorthin führe über eine kulturelle Revolution, die grundsätzlich mit dem gegenwärtigen System breche. Dies ist der Kern seines Ansatzes, von Latouche als die acht „R“ bezeichnet<sup>3</sup>: Die Reevaluation und Rekonzeptualisierung der gesellschaftlichen Werte, eine Restrukturierung des Wirtschaftssystems, damit eng verbunden eine Redistribution von Vermögen sowie eine Relo-



kalisierung von Produktion und Konsum, das Reduzieren von Konsum und Arbeitszeit und schließlich das Wiederverwenden und Recycling. Diese Schritte sind nach Latouche in der Lage, eine Aufwärtsspirale zu einer konvivialen und zukunftsfähigen Gesellschaft anzustoßen.

Das Besondere an diesem Buch ist, dass Latouche sich in die gesellschaftliche Debatte aktiv einbringt und auf viele Kritikpunkte am Ansatz der *Décroissance* eingeht; wie den Vorwurf, es sei ein Konzept des Nordens, oder die Argumentation, das eigentliche Problem liege im Bevölkerungswachstum. Er verwendet dabei eine zum Teil deftige Sprache, bei der business schools zu „Schulen für ökonomische Kriegsführung“ (S. 38) werden und die Konsumorientierung als „konsumistische Bulimie“ (S. 39) kritisiert wird. Diese Schärfe der französischen Sprache ist schwer zu transportieren, beispielsweise bei der Übersetzung der Bezeichnung „*mot obus*“ für die *Décroissance* als „Wort mit Schlagkraft“ (im eigentlichen Sinn „Wortbombe“).

Etwas unglücklich ist der Umgang mit dem Schlüsselbegriff „*Décroissance*“ in dieser Übersetzung. So wird dieser zentrale Begriff der internationalen Wachstumsdiskussion ausgespart und abwechselnd mit dem irreführenden Begriff der Wachstumsrücknahme und dem englischen *Degrowth* übersetzt. Statt von einer im Deutschen mittlerweile geläufigen Postwachstumsgesellschaft wird zudem umständlich von einer „Gesellschaft des *Degrowth*“ (S. 25) gesprochen. Es lässt sich dabei der mutige Versuch erkennen, den englischen Begriff als internationalen Standard für die Wachstumskritik zu etablieren. Doch verblassen dadurch die regionalen und kulturellen Unterschiede der WachstumskritikerInnen. Bei Latouche sind das eine radikale Werbekritik, der enge Bezug zur Diskussion der Postentwicklung und eine marxistische Systemkritik, die aber auch auf standardökonomische Instrumente wie Ökosteuern und Verursacherhaftung setzt.

Insgesamt hat dieses detailreiche Buch das Potential, den dringend nötigen Austausch über eine Wirtschaft und Gesellschaft ohne Wachstum auch über Länder- und Sprachgrenzen hinweg zu befruchten. Latouche präsentiert ein umfangreiches „Wahlprogramm“ für die *Décroissance* mit

vielen bisher unbeleuchteten Positivbeispielen aus Italien und Frankreich, das die Hoffnung verspricht, in Kombination mit dem „Druck der Unausweichlichkeit“ (S. 145) einen gesellschaftlichen Wandel bewirken zu können. Dem eigenen Anspruch, „ein Arbeitswerkzeug für jedermann“ (S. 16) im Umweltbereich zu sein, wird es jedoch nicht gerecht. Dafür hat es zu viel Appellcharakter und ist doch zu wenig Werkzeugkiste. In Latouches eigenen Worten gesprochen: Für eine Abkehr vom Wachstumswahn „müssen wir noch tiefer in die Ausarbeitung konkreter Vorschläge eintauchen“. (S. 107)

*Dirk Posse*

- 1 Ausführlich erläutert Latouche seinen Ansatz in dem bisher nicht ins Deutsche übersetztem Werk „*Le Pari de la Décroissance*“ (Paris, 2006).
- 2 Vgl. Welzer, Harald (2011): *Mentale Infrastrukturen – Wie das Wachstum in die Welt und in die Seelen kam*. In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): *Schriften zur Ökologie*. Band 14. Berlin.
- 3 In der vorliegenden Übersetzung ist davon abweichend von den „großen R“ die Rede. Die erste Übersetzung seines Konzepts erfolgte bereits 2003 in der *Le Monde diplomatique*: Latouche, Serge (2003): *Für eine Gesellschaft der Wachstumsrücknahme – Circulus virtuosus*. In: *Le Monde diplomatique* Nr. 7208 vom 14.11.2003: 3.

### **Le Monde diplomatique / Kolleg Postwachstumsgesellschaften Atlas der Globalisierung – Weniger wird mehr**

Berlin: Le Monde diplomatique / taz Verlags- und Vertriebs GmbH, 2015. 173 Seiten.

Mein Gesamteindruck vorab: Dieses Heft ist ein sehr gelungenes Beispiel für eine „öffentliche“, sich einem breiten Publikum zuwendende Sozialwissenschaft. In allgemein verständlicher Sprache untersuchen 60 WissenschaftlerInnen, JournalistInnen und andere ExpertInnen unterschiedlicher disziplinärer und geographischer Herkunft in 52 Kapiteln – jeweils ergänzt durch informative Tabellen, Schaubilder, Grafiken – vielfältige Facetten von Wachstum und Wachstumsorientierung moderner kapitalistischer Gesellschaften, die damit verknüpften Risiken und mögliche Postwachstums (PW)-Alternativen.

Die Beiträge lassen sich fünf Schwerpunkten zuordnen.

1.: Zunächst werden moderne kapitalistische Gesellschaften als „Wachstumsgesellschaften“

charakterisiert, z. B. hinsichtlich der Triebkräfte und Zwänge für Wachstum (E. Altvater, Ch. Deutschmann), der Wachstumsabhängigkeit ihrer Stabilität und ihres Wohlstands (St. Lessenich), Konsumtionsweisen (J. Schor, M. Hofmann/L. Reisch) und produktivistischen Trennungen und Ausblendungen (B. Aulenbacher). All dies auch mit Blick auf China (Shi Ming) und den latein-amerikanischen (Neo-)Extraktivismus (K. Dietz). Gesellschaftstheoretisch auf den Punkt bringt H. Rosa das Phänomen „Wachstum“. Deutlich wird, dass eine Emanzipation von Wachstumswängen eine fundamentale gesellschaftliche Transformation beinhaltet und der Schlüssel dazu strukturell und kulturell im globalen Norden liegt.

2.: Eben diese Konsequenz wird von einflussreichen Konzepten abgelehnt. Sie sehen Chancen, die ökologischen Risiken fortgesetzten Wachstums systemimmanent zu bearbeiten, durch gezielten öko-technologischen und sektoralen Wandel. Mit deren technologisch- und steuerungsoptimistischen Prämissen, ignorierten Rebound-Effekten etc. setzen sich u.a. U. Schachtschneider, U. Brand, T. Santarius auseinander. Dies in unterschiedlicher Weise. Während Schachtschneider in der Idee eines Green New Deal m. E. zu Recht gestaltungsfähige Anknüpfungspunkte sieht, gerät die Kritik bei Brand prinzipiell ablehnend. N. Reuter wiederum sieht im Ausbau der Dienstleistungsgesellschaft beträchtliche Möglichkeiten für ein „saubereres“ Wachstum.

3.: Empirisch fundiert werden die ökologischen und sozialen Krisen, Konflikte und Irrationalitäten unserer expansiv-wachstumsorientierten Wirtschaftsweise beleuchtet: knapper werdende Ressourcen und überlastete Ökosysteme (B. Mahnkopf), riskante Fördermethoden wie Fracking (H. Mümmler-Grunow), katastrophale ökologische und soziale Bedingungen, unter denen der konsumtive Wohlstand unserer „Dienstleistungsgesellschaften“ in ärmeren Teilen der Welt produziert (F. Butullo, K. Pereira) und entsorgt (C. Dannoritzer) wird; geplante Obsoleszenz (J. Reuß) und andere Formen von Verschwendung in den reichen Ländern (V. Thurn). Analysiert werden auch neue Formen des Widerstands (St. Liebig/St. Schmalz) und Regelungen, wie fossile Ressourcen in der Erde bleiben könnten (O.

Edenhofer et al.). Am „Fall Griechenland“ werden die – durch die EU-Austeritätspolitik verschärften – Folgen einer krisenhaft schrumpfenden Wirtschaft dargestellt. Interessant wäre es gewesen, etwas darüber zu erfahren, ob unter solchen Bedingungen eine PW-Perspektive überhaupt realistisch denkbar ist und was sie beinhalten könnte.

4.: PW-Alternativen werden aus verschiedenen Blickwinkeln vorgestellt. Auf der Diskursebene informiert B. Muraca über die Anfänge der in Frankreich beginnenden neuen Welle radikaler Wachstumskritik und -bewegung in Südeuropa. Für Deutschland präsentiert M. Schmelzer einen interessanten Typisierungsvorschlag für die unterschiedlichen politisch-philosophischen Strömungen von Wachstumskritik und Degrowth. Ob die dabei unterlegten Kriterien auch das Spektrum innerhalb der Degrowth-Szene und -bewegung angemessen erfassen, bedarf sicher weiterer Analysen. Aus feministischer Perspektive sehen A. Biesecker und U. v. Winterfeld blinde Flecken in der PW-Debatte – eine Kritik, die m. E. etwas pauschal ausfällt, wohl eher den konservativen, publizistisch nur von M. Miegel repräsentierten Strang betrifft. Ist radikale Wachstumskritik nicht wesensverwandt mit feministischer Ökonomie-Kritik, auch wenn dies terminologisch anders „verpackt“ ist?

Des Weiteren werden PW-Initiativen für spezielle Bereiche oder Probleme vorgestellt, z.B.: solidarische Landwirtschaft (Ch. Grefe), Kreislaufwirtschaft (A. Jensen, E. v. Thadden), konviviale Technik (A. Vetter), die Nutzung städtischer Räume jenseits der Profitlogik (A. Haase/D. Rink). Deutlich wird auch die Ambivalenz mancher Ansätze. Ob die Sharing-Ökonomie oder zumindest Teile davon Alternativen zum Eigentum verkörpern oder lediglich ein neues Geschäftsfeld eröffnen, hängt von bestimmten Bedingungen ab (R. Metzger). Ebenso offen ist die Frage, ob die unter Krisenbedingungen in Griechenland entwickelten Formen solidarischer Ökonomie sich auch unter „normalen“ Verhältnissen als zukunftsfähige Alternativen erweisen (J. Dellheim).

Auf eine entscheidende Voraussetzung für den Übergang zu einer PW-Gesellschaft (PWG) verweisen Dörre/Lessenich/Rosa: Abbau sozialer

Ungleichheiten innerhalb der Gesellschaften und zwischen globalem Norden und Süden durch Wachstumsverzicht der reichsten Gesellschaften und egalitäre Umverteilung. Mit dem dadurch verringerten Ressourcenbedarf im Norden könnten auch Spielräume für eigenständige Alternativen zu neo-extraktivistischen Wachstumsregimen im Süden („buenos convivires“ – A. Acosta, J. Sittel) gestärkt werden. Auf Ansätze alternativer Wirtschaftskonzepte für Indien und China geht Ch. Nair ein.

5.: Während Dörre u. a. den Weg in ein PW-Zeitalter hauptsächlich über radikale Reformen sehen, plädiert V. Bennholdt-Thomsen für eine Art Neuaufbau der Zivilisation von unten, ohne die „Macht zu übernehmen“, über kulturellen Wandel und durch sich ergänzende Nischen, die kleinteilige Einheiten des Zusammenlebens und der Bedürfnisbefriedigung nach dem Subsistenzprinzip bilden. In dieser Polarität deutet sich ein umfassenderes Problem an, das in der Publikation leider unterbelichtet bleibt – die Frage nach Transformationsprozessen zu einer PWG und ihren Akteuren, Strategien, Übergangsprojekten. Der Forschungsstand dazu ist zwar vergleichsweise bescheiden (U. Hermann). Aber er gibt dennoch mehr her, als die einseitige Hervorhebung von Veränderung durch den „normativen Druck der Rahmenbedingungen“, die („unpolitischen“) Inseln der Zukunftsfähigkeit in unproduktiver Weise gegenübergestellt werden (M. Greffrath). Wachstumskritikern wird zudem pauschal ein allzu schlichtes Gesellschaftsbild attestiert, wonach die Summe vieler kleiner Nischen ein neues Ganzes ergeben würde (U. Hermann). Gewonnen hätte das Heft vermutlich, wären Autoren zu Wort gekommen (z. B. N. Paech), mit deren Positionen z. T. indirekt polemisiert wird.

Aufgefallen ist mir ein Übergewicht der ökologischen Problematisierung der Wachstumsfixiertheit moderner kapitalistischer Gesellschaften. Demgegenüber gerät ein mindestens ebenso kritikwürdiger Umstand ins Hintertreffen: Wachstumsorientierung hindert in „Tateinheit“ mit Ungleichheit und Konkurrenz über vielerlei selbstverstärkende, den Individuen oft unbewusste Mechanismen („Knappheiten“, „Tretmühlen und Hamsterräder“) und kulturelle Normen von Wohl-

stand etc. systemisch daran, die gegebenen materiellen Voraussetzungen für ein gutes Leben zu nutzen. Dieser übergreifende Gesichtspunkt der Kritik wird zwar vor allem bei Rosa entwickelt, bleibt aber dann weitgehend folgenlos.

Problematisch finde ich auch den mantra-mäßig wiederholten und nur scheinbar selbstvidenten Spruch von den Grenzen des Wachstums auf einem endlichen Planeten. Weder sind die mikro- und makrokosmischen Möglichkeiten der Inwertsetzung von Natur endlich, noch sind sie physisch auf unseren Planeten beschränkt. Worum es geht, sind die zivilisatorischen, sozialen etc. Risiken des Fortschreitens auf dem Pfad „ökonomistisch-wachstumsgesellschaftlicher“ Naturbeherrschung. Dessen „Grenzen“ werden durch den Ausgang von Kämpfen um praktische Antworten auf die Frage bestimmt, wie, in welcher Zivilisation, Gesellschaftsform und Natur (-Beziehung) wir leben wollen. Selbst wenn es gelänge, das „ökologische Problem“ innerhalb der Wachstums- und Steigerungslogik zu befrieden, blieben triftige Gründe, nach Alternativen zu suchen.

Dem Atlas sind viele Leser zu wünschen. Er eignet sich sowohl für Neueinsteiger in die PW-Debatte, bringt aber ebenso Insidern Neues und kann auch als faktenreiches Nachschlagewerk genutzt werden.

*Frank Adler*

**Tomáš Sedláček**

### **Die Ökonomie von Gut und Böse**

München: Hanser Verlag, 2012. 447 Seiten.

**Tomáš Sedláček & Oliver Tanzer**

### **Lilith und die Dämonen des Kapitals – Die Ökonomie auf Freuds Couch**

München: Hanser Verlag, 2015. 352 Seiten.

Tomáš Sedláček, Chefökonom der größten tschechischen Bank und Hochschullehrer (Jg. 1977), hat in seinem lesenswerten Bestseller „Die Ökonomie von Gut und Böse“ (2012) eine neue Entstehungsgeschichte der Ökonomie vorgelegt. Seine Dogmengeschichte beginnt nicht wie gewöhnlich mit Adam Smith, sondern mit dem Gilgamesch Epos, dem Alten Testament, der griechischen Philosophie, der Bibel und endet neben Descartes, Mandeville bei Adam Smith.

Sein Ziel dabei ist es, die herrschende neoklassische Theorie, den Homo oeconomicus und die dabei betriebene mathematische Modellbildung fundamental zu kritisieren. Seine zentrale Frage lautet: Wie werden wir das Gespenst des Kapitals wieder los? Sedláček plädiert für ein radikales Umdenken in der Wirtschaftspolitik jenseits von Wachstumswahn und Konsumismus, für eine geistige Erneuerung der Ökonomie auf der Basis von Weisheitsbüchern.

Der Autor geht von einer hohen Bedeutung des Christentums für die moderne Ökonomie aus. So hat die Mehrzahl der Gleichnisse im Neuen Testament einen wirtschaftlichen oder sozialen Bezug. Es geht um Arbeit, den Umgang mit Geld und Schulden, um den gerechten Lohn und Reichtum. Viele Dinge haben keinen Preis. „Im Christentum geben wir Vertrauen und Glauben (die viele auch als ‚Gabe Gottes‘ betrachten) und Gott gibt denen, die diese Gabe annehmen, Erlösung. Über Gaben wird nicht verhandelt, ein Rabatt ist nicht möglich. Beim Handel hingegen gibt es einen ganz genauen Preis, dem beide Seiten zustimmen.“ (Sedláček 2012/176)

Für den Autor hat das ökonomische Denken im Homo oeconomicus sein Gespür für Gut und Böse verloren. Hedonismus, Konsumismus und Egoismus treten in den Vordergrund. Nun werden die Bedürfnisse als unersättlich erklärt und meist geht es nur um eine materielle Nutzenmaximierung. Der Autor kann wenig Perspektive aufzeigen, er verbleibt vornehmlich in der Beschreibung und in einer radikalen Kritik. Sein großer Verdienst besteht aber darin, die Dogmengeschichte in die Zeit vor Adam Smith ins Blickfeld zu rücken. –

Nun hat Tomáš Sedláček mit einem kompetenten Co-Autor, Oliver Tanzer, nachgelegt. Dieser ist leitender Redakteur der Wochenzeitung „Die Furche“ in Wien. In ihrem neuen Buch „Lilith und die Dämonen des Kapitals“ (2015) legen sie das westliche Wirtschaftssystem auf die Couch und analysieren es aus der Perspektive der Psychoanalyse von Sigmund Freud. Ein bisher einmaliges Vorgehen. Ausgangspunkt ist die jüdische Mythologie. Lilith ist nach hebräischer Überlieferung die erste Frau Adams. Sie steht für das erste nach Freiheit verlangende Wesen. Sie

flieht aus dem Paradies, um Adams Unterdrückung zu entkommen. Sie nimmt einen ungeheuren Fluch Gottes auf sich. Sie tötet neugeborene Kinder. Ihr Fluch ist selbstinduziert, fast sogar freiwillig. Die Autoren übertragen diesen Mythos auf die Ökonomie. Auch sie sucht nach Freiheit und ist dabei selbstzerstörerisch. „Die Freiheit der Marktwirtschaft, die sich schließlich in einem perversen Kreislauf von Konsum und Wachstum wiederfindet. Lilith ist der Archetypus einer Konsummaschine, die gleichzeitig gebären und zerstören muss.“ (Sedláček & Tanzer 2015/S.25)

Den Autoren geht es um Empathie und Kreativität im Wirtschaftsleben, um Ausdauer und um die Fähigkeit, sich selbst und der eigenen Intuition zu vertrauen. Es geht letztendlich um den Menschen. Er soll sich nach griechischer Lesart selbst erkennen. Aber der Patient – der Kapitalismus – ist manisch-depressiv. Er neigt zur Vernichtung der Ressourcen oder zur sinnlosen Hyperaktivität, wie es in den Finanzmärkten sichtbar wird. Wachstum wird zum Zwang. Der Staat wird instrumentalisiert. Die Märkte erscheinen mit geheimnisvollen Kräften, die alles richten und immer Recht haben. Der Staat soll sich raus halten. Es herrscht ein fast schon religiöses Vertrauen in die Heilkraft der Märkte.

Nun ist diese heile Welt in der Finanzkrise 2008 zusammengebrochen. Die Autoren deuten die Enttäuschungen der Bürger und Protestbewegung psychoanalytisch als Zusammenbruch der Vaterfigur, repräsentiert durch die Manager und Politiker. Sie haben den Glauben genährt, dass alles von selbst läuft und sie alles im Griff haben. Nun merken die Untertanen, dass der König nackt ist. Es geht aber nicht um den Vorwurf eines kriminellen Handelns, denn die meisten Akteure haben nach Recht und Gesetz gehandelt. Sie haben blind geglaubt und dann kam der Schock, dass das System nicht mehr funktioniert. Damit wird Wut und Hass vor allem auf die Managergehälter geschürt. Die Halbgötter der Krise haben dann ihre Marktideologie schnell über Bord geworfen und den Staat um Rettung gebeten. Die Wirtschaft selber entwickelte keine eigene Rettungs idee, nur Jammern und Bitt rufe. Der Hass auf die Banker rührt daher, dass sich das Publikum verraten fühlte und man im

Sinne des Ödipuskomplexes das System töten möchte.

Sedláček & Tanzer tun in ihrer Deutung so, als wäre der Markt ein lebendiges System mit Gefühlen, Ängsten und Krankheiten, obwohl jeder weiß, dass Märkte mechanische Gebilde sind. Man ist vom Kapitalismus enttäuscht, weil er Armut und Ungleichheit gebracht hat. Die Autoren verwerfen diese Interpretation des Publikums. Sie deuten die Situation nach der Finanzkrise genau umgekehrt. Der Kapitalismus hat alles erreicht: Wohlstand und Unterhaltung. Das Publikum ist nun frustriert, weil es von einem hohen Erwartungssockel abstürzt: eine postkoitale Depression hat stattgefunden. Die Träume sind zerplatzt.

Die Autoren gehen davon aus, dass der Kapitalismus vor 200 Jahren in einer stärkeren Krise war durch Konjunkturereinbrüche und sozialem Elend. Heute haben wir ein hohes Wohlstandsniveau, aber fehlendes Wachstum: eine Wachstumskrise also. Das Wachstum ist zum Fetisch geworden. Es geht immer nur um schneller und mehr. Die Autoren plädieren für mehr Bescheidenheit; wir sollen uns mit dem zufrieden geben, was wir haben. Dazu gehört es auch, weniger Schulden zu machen. Schulden sind in Ordnung, wenn die Staaten nicht davon abhängig werden. Die Ökonomen glauben, dass sie alles im Griff hätten. Dem wird widersprochen. Die makroökonomischen Vorgaben gaukeln eine Sicherheit vor, die es nicht gibt.

Der methodische Trick, die Psychoanalyse auf die Wirtschaft anzuwenden, ist nach eigenem Bekunden der Autoren aus einem Scherz geboren. Sie sind einem Schreckgespenst auf der Spur und wollen uns aufklären, aber keine Lösungen anbieten. Psychoanalytisches Wissen wird mit ökonomischen Sachverhalten verknüpft. Dieser erste lobenswerte Versuch weist allerdings noch erhebliche Kinderkrankheiten auf, denn die Aussagen sind sehr pauschal und polemisch. Die großen psychoanalytischen Kategorien verstellen den Weg zur notwendigen Detailanalyse. Hier gibt es nur gierige Manager und überfressene Konsumenten, aggressive Jugendliche und psychisch gestörte Akteure. Handwerker, Ingenieure, ökologische Bauern oder schwäbische Hausfrauen kommen in dieser Welt nicht vor.

Man hat den Eindruck, dass Sedláček & Tanzer wissen, dass radikale Thesen die Auflage steigern. Man liest oft Überschriften und dazu nicht die entsprechenden Inhalte. Außerdem wird die Generalthese gebetsmühlenartig wiederholt. Es fehlt eine dogmentheoretische Fundierung. Es gibt eben nicht nur die entartete aggressive, sexistische Neoklassik. Gott sei Dank! Warum haben die Autoren die Weisheitslehren des ersten Buches nicht wieder aufgegriffen und präzisiert? Während das erste Buch beim Lesen Freude und fachliches Interesse geweckt hat, wird man beim zweiten Buch manchmal den Eindruck nicht los, einer cleveren Selbstvermarktung aufgesessen zu sein. *Helmut Woll*

**Nils Ole Oermann**  
**Anständig Geld verdienen? –**  
**Eine protestantische Wirtschaftsethik**

Freiburg/Br.: Herder Verlag, 2014. 392 Seiten.

**Franz Segbers**  
**Ökonomie, die dem Leben dient –**  
**Die Menschenrechte als Grundlage einer**  
**christlichen Wirtschaftsethik**

Neukirchen/Kevelaer: Neukirchener Verlagsgesellschaft, 2015.  
 248 Seiten.

Wie evangelische Wirtschaftsethiken nicht unterschiedlicher sein können, zeigen die beiden angezeigten Veröffentlichungen. Während Nils Ole Oermann (Professor für Wirtschaftsethik und Politikberater) keine konkrete Wirtschaftsethik bietet, sondern lediglich eine spezifisch protestantische Perspektive wirtschaftlichen Denkens begründet, entwickelt Franz Segbers (emeritierter Professor für Sozialethik) einen radikalen Neuentwurf theologischer Wirtschaftsethik auf der Grundlage der wirtschaftlichen und sozialen Menschenrechte. Er ist zu diesem Menschenrechtsansatz gekommen, als er 2013 als Gastdozent auf den Philippinen einen „Anschauungsunterricht“ von Unterdrückung der Menschenrechte in Gesprächen mit Arbeitern und Arbeiterinnen in multinationalen Konzernen bekommen hat.

Gemeinsam ist beiden Autoren, dass sie spezifisch anthropologische Perspektiven in die Urteilsbildung einbringen. Denn wenn es um Wirt-

schaft geht, muss über unser Bild vom Menschen gesprochen werden. Während Oermann festhält, dass immer nur Menschen moralfähig sein können, nie aber Institutionen oder Systeme, geht Segbers weiter, indem er klären will, wie sich gesellschaftliche Sozialität und Individualität der Menschen zueinander verhalten. Oermann hat nur Interesse an der Verantwortung des Einzelnen, der nach evangelischem Verständnis zur Freiheit des Handelns berufen sei. Er fragt und diskutiert nicht, von welchem Menschenbild die Wirtschaftswissenschaften ausgehen. Stattdessen behauptet er, dass Adam Smith einem „gesunden self-interest“ und nicht einer „exzessiven self-love“ das Wort geredet habe. Diese Problembeziehung wird aber der zentralen Stellung des Selbstinteresses und den scheinbar endlosen Wünschen des Menschen in der ökonomischen Theorie nicht gerecht. Statt „anständig Geld verdienen“ geht es in einer gerechten Wirtschaft um eine umfassende „Ökonomie, die dem Leben dient“.

Deshalb macht Segbers darauf aufmerksam, dass die Wirtschaftswissenschaften die Frage des effizienten Wirtschaftens von der Frage der gerechten Verteilung der Güter trennen und kaum menschenrechtliche Belange im Blick haben. Dies veranlasst ihn, eine Wirtschaftsethik zu entwickeln, die die Menschenrechte zum Ausgangspunkt und Maßstab machen, besonders das Menschenrecht auf eine Wirtschaftsordnung, die die sozialen Grundrechte gewährleistet und verwirklicht. Diese „sozialen Menschenrechte sind aber ohne den Hintergrund des biblischen Ethos kaum denkbar“ (S.15). Für Segbers ist dies der Schnittpunkt zwischen Theologie und säkularer Ethik, um damit eine Gesprächsgrundlage und einen Diskurs für beide zu schaffen. Den vermeintlichen Sachzwängen einer globalen Wirtschaft, die dem privaten Profitinteresse unterworfen ist, setzt er eine menschenrechtsorientierte Ökonomie entgegen, die von den wirtschaftlichen und sozialen Rechten der Menschen am Ort der Arbeit ausgeht. „Die wirtschaftlichen Rechte umfassen vor allem Rechte auf Arbeit, Rechte in der Arbeit und Rechte aus der Arbeit; in den sozialen Rechten wird vor allem das Recht auf soziale Sicherheit, Gesundheit oder Nahrung

angesprochen“. Diese Rechte sind im Sozialpakt der UNO aus dem Jahre 1966 als wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte verankert.

In acht Kapiteln entwickelt Segbers seine Wirtschaftsethik, indem er in den ersten beiden Kapiteln darauf aufmerksam macht, wie gefährdet die Menschenrechte in der globalisierten Welt sind, weil das „Finanzkapital“ als einzige Kontrollinstanz zur „fünften Gewalt“ in der heutigen Demokratie geworden ist. So aber geschieht eine Umkehrung der Menschenrechte vom Recht der Menschen zum Recht der Konzerne. „Die unsichtbare Hand am Börsenplatz schafft die sichtbare Hand der Politik ab und reduziert Politik darauf, günstige Kapitalvermehrungsbedingungen zu schaffen“. (S. 66) Die Schuldendienstfähigkeit rangiert nun vor dem Bedarf der Menschen an sozialer Sicherheit, Nahrung, Arbeit und den Menschenrechten. Beispielhaft dafür ist ein Bericht der „New York Times“ vom 9.1.2012, den der Autor zitiert. Demnach haben Hedgefonds beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg eine Klage gegen einen Schuldenerlass für Griechenland eingereicht – mit der Begründung, „dass ein Schuldenerlass die Menschenrechte der Anteilseigner verletzen würde. Die Sicherstellung des Schuldendienstes und der Schuldentilgung gerät somit in den Rang eines Menschenrechts“. (S. 51) Deshalb muss erinnert werden, dass der Mensch und seine Würde allein die Wahrheitskriterien sein müssen, an denen sich ein Wirtschaftssystem und seine Effizienz messen lassen müssen (Kapitel 3). Daraus ergeben sich Pflichten für die Staaten und die transnationalen Unternehmungen, die nicht ignoriert werden dürfen (Kapitel 4).

In den weiteren Kapiteln entwickelt Segbers nun eine ökumenische Wirtschaftsethik, die sowohl biblisch als auch menschenrechtlich argumentiert, weil beide Sichtweisen sich komplementär verhalten. Als fundamentale Ergebnisse schälen sich heraus:

1. Anthropologisch steht Arbeit, nicht das Kapital mit der Würde des Menschen in einem Zusammenhang und erhält damit eine Vorrangstellung vor dem Kapital. „Der Arbeit des Menschen kommt eine ökonomisch, sozial und rechtlich führende Rolle zu“. (S. 170)

2. Daraus ergeben sich drei Grundfragen für die Wirtschaftsethik: Was sollen wir essen? Wie verteilen wir die Güter? Für wen sollen wir arbeiten? Welche Werte sollen für wen geschaffen werden?

3. Bei der Beantwortung dieser Fragen kommt eine „Ethik des Gerechten“ nicht aus ohne eine „Option für die Armen“, weil das Erbarmen die innere Kraft der Gerechtigkeit ist, die das Recht der Armen sichern kann.

4. Die Zukunftsaufgabe einer lebensgerechten Ökonomie besteht deshalb darin, dass die vier Formen von Arbeit (Erwerbsarbeit, Eigenarbeit, Sorge- oder Care-Arbeit und gesellschaftliche Arbeit) mit den drei Formen von Einkommen (Erwerbseinkommen, Transfereinkommen und Kapitaleinkommen) für beide Geschlechter in der Einen Welt neu und gerecht zugeordnet und verknüpft werden.

Am Ende des Buches fragt sich der Leser, warum diese Erkenntnisse bislang nicht in der Wirtschaft umgesetzt wurden. Eine Antwort gibt Segbers selbst: „Der Staatengemeinschaft ist es bislang nicht gelungen, transnational tätige Unternehmen auf die Einhaltung der Menschenrechte zu verpflichten“. (S.95) Selbst in der Europäischen Sozialcharta sind sie nicht rezipiert worden. Wird diese Arbeit zukünftig gelingen?

Deshalb stehen wir nach wie vor vor der Frage, welches Menschenbild unsere Ökonomie bestimmen soll. Die gängige „Ökonomie der Knappheit“ zielt auf ungebremstes Wachstum ab, um die Bedürfnisse der Gier zu befriedigen und dabei die Schöpfung zu zerstören. Eine „Ökonomie der Fülle der Schöpfung“ aber, die eine „Ökonomie des Genug“ ist, will dem Leben aller und der gesamten Schöpfung dienen. Deshalb kommt es darauf an, sich wieder bewusst zu machen, wem die Wirtschaft ursprünglich diene und zukünftig wieder dienen muss: „Ökonomie geht es ursprünglich nicht um Rationalität, Wachstum, Wettbewerb oder Gewinnmaximierung. Von der Ursprungsidee kommt das ganze Haus in den Blick: die ganze Gesellschaft und die ganze Schöpfung“. (S. 213) Dies global umzusetzen, bleibt die immerwährende Herausforderung der Menschheit! *Christoph Körner*

## Roland Geitmann Sozialökonomische Weisheitsschätze der Religionen

(herausgegeben von Dieter Fauth als Band 1 der „Religionen in sozialökonomischer Sicht“)

Zell am Main: Verlag Religion & Kultur, 2016. 230 Seiten.

Roland Geitmann (1941-2013) gilt als wichtiger Vertreter der „jüngeren“ Freiwirtschaftsbewegung. Als langjähriger Vorsitzender des Vereins „Christen für gerechte Wirtschaftsordnung“ (CGW) repräsentierte er den spirituell-christlichen Zweig der Freiwirtschaftslehre, der – neben der libertär-sozialistischen und liberalbürgerlichen Variante – bis in die Entstehungszeit der von Silvio Gesell entworfenen sozioökonomischen Reformmechanismen zurückreicht.

Roland Geitmann hat durch seine rege Vortragstätigkeit und seine emsige publizistische Arbeit nicht nur ein bemerkenswert umfangreiches, sondern vor allem zeitlos aktuelles geistiges Erbe hinterlassen. Dieses liegt nun unter dem Titel „Sozialökonomische Weisheitsschätze der Religionen“, herausgegeben von Dieter Fauth, für die interessierte Leserschaft vor.

In einem Interview mit der Organisation „Muslim-Markt“ – auch in diesem Sammelwerk enthalten – hat Geitmann den Tätigkeitshorizont der „CGW“ konkretisiert. Demnach wolle der freiwirtschaftlich inspirierte Verein dazu beitragen, „die Marktwirtschaft vom Kapitalismus zu befreien“ (S.157ff.). Das bestehende Wirtschaftssystem sei durch „Privilegien an Gemeinschaftsgütern kapitalistisch verzerrt“. Daher verstehen sich die „CGW“ als basisdemokratisch fundierte bürgerliche Bewegung, die für entgeltliche Nutzungsrechte an Naturressourcen, für ein durch eine Liquiditätsabgabe dienendes Geld und für den freien Zugang aller Menschen zu Bildung und Wissen eintritt. Unter diesen programmatischen Parametern hat Roland Geitmann unermüdlich, mit intellektuellem Scharfsinn und Feingefühl die religiösen Grundsätze der monotheistischen Glaubensmaximen überprüft, ihre Unterschiede, insbesondere aber ihre auffälligen Gemeinsamkeiten untersucht. Die vorliegende Edition versammelt nun die wichtigsten von Geitmann publizierten Essays, seine Vortragsmanuskripte und die gegebenen Interviews, die vorab in diversen

Zeitschriften, z. B. in der „Zeitschrift für Sozialökonomie“, „Humanwirtschaft“, in „CGW-Rundbriefen“, diversen Kirchenzeitungen u. v. a., erschienen waren.

Einer historischen Logik folgend, hat der Herausgeber Geitmanns Analysen zum Judentum an den Beginn gestellt. Darin enthalten sind die Entwicklung des umfassenden Zinsverbotes, das u. a. auch Naturaldarlehen einschließt, die Aufbereitung der legislativen Quellentexte zu diesem Thema sowie eine Erläuterung zu den Entschuldungstraditionen. Ein weiterer inhaltlicher Schwerpunkt dieses Kapitels liegt im Vergleich der Gesell'schen Bodenreformkonzeption mit den jüdisch-religiösen Kodizes. Die dabei entdeckten starken Entsprechungen belegt Geitmann mit den Regelungen des Grundstücksverkehrs in der historischen Frühzeit, den zionistischen Intentionen sowie der weitgehend sozialisierten, mit Erbpacht bzw. Erbbaurecht ausgestatteten Bodennutzung nach der Staatsgründung im 20. Jahrhundert. Ein Verweis auf die kollektivistisch ausgerichteten Siedlungsprinzipien der Kwuza- bzw. Kibbuz-Kommunen rundet die Darstellung ab. Geitmann hat es hierbei nicht verabsäumt, das mit dem Schuldenerlass einhergehende „Personalitätsprinzip“ zu erläutern sowie auf die Verdrängung der Palästinenser im Zuge der jüdischen Landnahme hinzuweisen. Ein besonders wichtiger Teil in diesem Kapitel ist der antisemitisch motivierten Geld- und Zinskritik gewidmet. Im Zusammenhang mit den Vorwürfen, die Freiwirtschaftslehre im Allgemeinen und die „CGW“ im Besonderen redeten einem „strukturellen Antisemitismus“ das Wort, gelingt es Geitmann, die fundamentalen Unterschiede zwischen der freiwirtschaftlichen Kapitalismuskritik und der NS-Agitation herauszuarbeiten. Die perfiden, letztlich grotesken Bestrebungen, die Freiwirtschaftsbewegung ins rechtsgerichtete politische Lager zu drängen, werden als substanz-, d. h. inhaltlich haltlos entlarvt.

Den naturgemäß umfangreichsten Abschnitt des Sammelwerkes nimmt der kritische Blick auf den christlichen Zugang zum Kapitalismus ein. Mit den mittlerweile zu „Klassikern“ avancierten, wissenschaftlich fundierten Überblicksdarstellungen „Bibel-Kirchen-Zinswirtschaft/Bodenei-

gentum“ erfolgt die Überprüfung christlich-ethischer Normen im Umgang mit den fatalen gesellschaftlichen Auswirkungen des weitgehend leistungslos und deshalb ausbeutend generierten Kapitalzinseszins bzw. der Bodenrente. Von den mosaischen Gesetzen, den jesuanischen Botschaften, der Kirchenväter-Literatur, den strikten mittelalterlichen Normvorgaben, die alle eine verhältnismäßig klare Ablehnung der kapitalistischen Wirtschaftsweise erkennen lassen, bis hin zur beginnenden Aufweichung der Zinskritik und schlussendlichen Preisgabe durch die Kircheninstitutionen im 20. Jahrhundert spannt sich der inhaltliche Bogen. Es folgen thematisch separierte Darstellungen zur christlichen Wirtschaftsethik und zur Gegenüberstellung der konfessionellen Konzeptionen, wobei die akribische Durchleuchtung der päpstlichen Sozialzyklen zur Geld- und Bodenfrage einen breiten Raum einnimmt. Dabei gelangt Geitmann zur Erkenntnis, dass die Kurie das Problem, fußend auf der langen kapitalismuskritischen christlichen Tradition, zwar erkannt, aber in den Rundschreiben von einer Konkretisierung notwendiger Maßnahmen Abstand genommen habe. Eine Ursache hierfür sieht Geitmann in der Tatsache, „dass die materielle Basis der Kirche nicht unwesentlich auf Geld- und Bodenzinseinnahmen beruht“. (S.125) In dem Zusammenhang steht auch Geitmanns kritische Distanzierung von den kirchlichen Schuldenerlass-Kampagnen, zumal sie, obgleich grundsätzlich berechtigt, eine Fokussierung auf die eigentlichen Problemursachen und vor allem Lösungsansätze vermissen lassen.

Unter dem Blickwinkel der gegenwärtigen Entwicklung gewinnt Geitmanns Auseinandersetzung mit dem Islam, die als drittes Hauptkapitel die historische Religionschronologie vervollständigt, eine besondere Brisanz. Geitmann ist bei diesem Thema darum bemüht, inhaltliche Berührungspunkte mit dem Christentum bzw. mögliche wechselseitige Impulse zwischen den beiden Religionen auszuloten. Auch geistige Anbindungen zur Freiwirtschaftslehre werden gesucht und gefunden. Bereits die Tatsache, dass im Islam Eigentum grundsätzlich sozialpflichtig und an ethische Normen gebunden sei, erleichtere einen Zugang. Insbesondere im rigoros ausgeprägten



Zinsverbot, das mit der gesamtgesellschaftlich schädigenden Wirkung der Zinspraxis begründet wird, lasse sich für Freiwirtschaftler ein vertrautes Gedankengut erkennen. Geitmann stellt die unterschiedlichen Kreditpraktiken islamischer Banken vor und reflektiert den vorgeblich zinslosen Geldverleih kritisch. Wenngleich einige Methoden als problematisch bewertet werden, zollt Geitmann dieser religiös-ethisch motivierten Geldwirtschaft grundsätzlich Respekt. Er verknüpft damit auch die Hoffnung, die westliche Ökonomie für die Problematik sensibilisieren und an die freiwirtschaftlichen Reformvorschläge erinnern zu können. Für bedauerlich erachtet Geitmann allerdings den Umstand, dass der Islam kein wirksames Instrumentarium zur Verhinderung der privaten Bodenrente entwickelt hat. Das bereits erwähnte Interview mit „Muslim-Markt“, das vor allem auf die Gemeinsamkeiten zwischen Christentum und Islam in der Zinskritik verweist und die Wertegrundsätze der „CGW“ darlegt, beschließt diesen Inhaltsabschnitt.

Ein weiterer inhaltlicher Schwerpunkt des Sammelbandes sind Geitmanns Zugänge zur Anthroposophie Rudolf Steiners. Geitmann sieht sich zwar nicht als Anthroposoph, kann aber der „Wachheit und Strenge des durch Naturwissenschaften geprägten Denkens“ (S.169) in Steiners Lehre viel Sympathie abgewinnen. Eingebettet ist dieser Teil in einen sehr persönlich gehaltenen – und deshalb sehr berührenden – Bericht über Inspirationsquellen, der Roland Geitmann als Menschen zeigt, der sich buchstäblich bis zu seinem letzten Atemzug für die von ihm vertretenen Ideale engagiert hat.

Die Edition wird durch eine ausführliche Betrachtung des Erbbaurechtskonzeptes und einer „Zusammenschau“ von Geitmanns Tätigkeitsbereichen ausgeleitet.

Alle Texte sind von tiefer Intellektualität durchdrungen, die davon beseelt ist, stets das Gemeinsame der Religionsüberlieferungen vor das Trennende zu stellen. Die Abhandlungen von Roland Geitmann verknüpfen religiöse und anthroposophische Spiritualität mit freiwirtschaftlicher Reformrationalität zu wertvollen Synergien. Die Kritik am institutionalisierten Kirchenwesen verdeutlicht einerseits, welche Möglich-

keiten für eine gerechtere und damit friedlichere Gesellschaftsordnung durch die Aufweichung der Offenbarungsbotschaften vertan wurden. Andererseits bleibt Geitmanns Credo an eine Veränderbarkeit durch persönliches Engagement unerschütterlich. Sein Lebenswerk legt dafür ein beeindruckendes Zeugnis ab. *Christof Karner*

### **Dieter Prokop** **Kritische Theorie des Gelds**

Marburg: Tectum Verlag, 2014. 256 Seiten.

Die Krisen der letzten Jahre, seien es Hypotheken-, Banken-, Staatsschulden- oder Eurokrisen, haben viele Fragen aufgeworfen. Eine Schar an Autoren fühlte sich bemüßigt, diese auf unterschiedliche Art und Weise zu beantworten. So auch der Frankfurter Soziologe Dieter Prokop, emeritierter Soziologie-Professor an der Goethe-Universität. Schon der Einband seines Anfang 2014 erschienenen Bandes verrät einiges: Auf blauem Hintergrund prangt hier ein Euro-Symbol, um 90° gedreht, so dass es einem bösen Smiley gleicht. Der Titel „kritische Theorie“ klingt nach Analysen von Herrschafts- und Unterdrückungsmechanismen, von Ideologien und Verblendungszusammenhängen. Und in der Tat: Prokop betrachtet den Euro, besser gesagt seine aktuelle Krise, aus dem Blickwinkel der klassischen ‚Frankfurter Schule‘.

Zuerst werden die „Tatbestände“ aufgeführt. Prokop beschreibt die der Subprimekrise zugrundeliegende Finanzalchemie, mittels der schlecht besicherte Schulden in komplizierte Wertpapiere verwandelt wurden. Er spricht von der Zockermentalität der Banken, ihren Täuschungen und kartellartigen Absprachen, dem Hochfrequenzhandel und der dahinterstehenden „Pokerspiel-Mentalität“. Das sei die „Realität des Geldes“. Daneben stünden die durch Täuschung und Betrug „zerstörten Vertragsverhältnisse“ beim Euro. Prokop bezieht sich hier v.a. auf Hans-Werner Sinn und Hans-Olaf Henkel (auch wenn er diese grundsätzlich als „Anhänger der neoliberalen-marktradikalen Doktrin“ ablehnt): Beim Euro seien mehrfach die zugrundeliegenden Verträge, v. a. der Maastricht-Vertrag mit seinen strengen Konvergenzkriterien und der no bail out-Klausel

verletzt worden. Die EZB betreibe durch ihr Handeln (Niedrigzinspolitik, Absenken der Sicherheitsstandards, Aufkauf von „Schrott“-Staatsanleihen, großzügige Kreditvergabe an die Banken, Verhinderung des regelmäßigen Zahlungsausgleichs bei TARGET usw.) zunehmend Fiskalpolitik statt Geldpolitik. Sie habe damit den „Euro-Südstaaten“ eine gigantische Verschuldung ermöglicht, für die die „Euro-Nordstaaten“ mittels der „Euro-Rettungsschirme“ illegalerweise in Haftung genommen werden. Wie Sinn und Henkel sieht Prokop die Euro-Zone gespalten – in die südlichen Länder, die mit günstigen Krediten vor allem die eigenen Oligarchien mit Geld versorgt, die Klientelpolitik ausgeweitet und ihre riesigen Staatsapparate noch weiter aufgebläht haben, und in die nördlichen Länder, die mit ihrem Wohlstand dafür gerade stehen. Immerhin gibt Prokop die Schuld nicht alleine den südlichen Ländern. Auch die Euro-Nordstaaten seien verantwortlich, weil sie – auf Druck von supranationalen Konzernen – nicht bereit seien (durch Lohn- und Gehaltserhöhungen) ihre Kaufkraft zugunsten der Realwirtschaft der Euro-Südstaaten zu erhöhen. Schuld sei auch die EU, die statt großzügiger Aufbauprogramme eine so strikte wie destruktive Austeritätspolitik fährt.

Diese Entwicklungen führt Prokop auf die seit den 1980er Jahren ablaufende neoliberal-marktradikale Politik der Deregulierung zurück. Er nennt dies – recht militärisch klingend – die „Operation Entgrenzung“ und meint damit, ähnlich wie in seinem vorigen Buch „Kritische Soziologie der Wirtschaft“ (2013), vor allem „Oligopol-Konzerne, Machtkomplexe und Zocker-Banken“, die die Staaten in ihrem Sinne handeln lassen. Prokop wirft nun die Frage nach dem „Warum“ auf, also nach den zugrundeliegenden Rahmenstrukturen.

Dazu gehört in erster Linie die Grundstruktur des Geldes, die der Soziologe unter Bezugnahme auf klassische Geldtheorien ausarbeitet. Von Marx und Simmel übernimmt er die Theorie der Wertabstraktion, mit Keynes sowie Heinsohn & Steiger erweitert er diese vom Tausch hin zum Kontrakt: Geld ist eine Realabstraktion basierend auf dem Tausch (Waren-Handel) und dem Kontrakt (Kredit- und Eigentumsvertrag). Real ist

diese Abstraktion, weil sie den realen geldbezogenen Handlungen entstammt – wer (im Tausch) den Wert von Waren erkennen oder (im Kontrakt) die Bonität von Kreditpartnern beurteilen will, muss abstrakt denken (vergleichen, quantifizieren, kalkulieren). Dies gibt dem Geld seine ganz eigene Macht – die Macht des mathematisch und strikt instrumentell kalkulierenden Verwertungsinteresses. Dieses Geld-Denken führt konsequent fortgesetzt zu der Vorstellung, alles sei quantifizierbar, kalkulierbar und endlos ausdehnbar. Prokop spricht hier von der „Unendlichkeits-Illusion“ und führt als aktuelles Beispiel die Schuldenexpansion an.

Doch würden in diesem „fatalen Ganzen“ auch (Freiheits-)Chancen stecken. Denn, wo gerechnet wird, wird auch gedacht, und wo gedacht wird, da können auch die Verhältnisse durchschaut und verändert werden. Prokop sucht und findet im Falschen Spuren des Richtigen: im Waren-Handel die Möglichkeit des rationalen Vergleichs und der egalitären Gerechtigkeit; im Kontrakt die Möglichkeit der rationalen Bonität. Dies sei grundsätzlich vorhanden, im Moment jedoch verstellt durch Machtverhältnisse, durch Betrug und Täuschung. In seinem „theoretisch vermutlich richtigen Lösungsvorschlag“ konkretisiert er das für die aktuelle Eurokrise. Er fordert: Nationale Währungen in der gesamten EU zulassen und gleichzeitig den Euro als Rechen- und Reservegeld beibehalten; Einhaltung der europäischen Verträge und Gesetze; Bekämpfung von Täuschung und Betrug; stärkere Regulierungen; Schuldenbremsen; Entflechtung des Bündnisses von Staaten und Banken.

Solche Lösungen sind immer schwer zu beurteilen, zumal manche von ihnen so offensichtlich sind, dass es dafür keine „kritische Theorie“ gebraucht hätte. Die Theorie hingegen, die Prokop entfaltet, ist durchaus lesenswert, liefert aber wenig Neues über Marx, Adorno und Sohn-Rethel hinaus. Vor allem aber beschränkt er sich auf die ‚geistige‘ Dimension des Geldes, seine quantifizierende und abstrahierende Logik, die alles rationalisiert und monetarisiert. Interessanter gewesen wäre eine Analyse der grundlegenden Macht- und Herrschaftsstrukturen, nicht nur die, die vom Geld (als Kapital) erzeugt werden, son-

dern auch die, mit denen Geld selbst erzeugt, vermehrt und verteilt wird. Prokop bleibt also einerseits der Frankfurter Schule treu hinsichtlich ihrer psychoanalytischen Ausrichtung, andererseits ist er bei weitem nicht so kulturpessimistisch. Und so konstatiert seine kritische Theorie dem Geld – zumindest im Reich des Möglichen – auch positive Aspekte. *Christian Thiel*

### **Karl Georg Zinn Vom Kapitalismus ohne Wachstum zur Marktwirtschaft ohne Kapitalismus**

Hamburg: VSA-Verlag, 2015. 160 Seiten.

Ein viel versprechender Titel, dachte ich als geldreformerisch interessierter Leser, als ich das Buch zum ersten Mal in die Hand nahm. Ist doch seine zweite Hälfte einer der wichtigsten Slogans der Geldreformbewegung der letzten 20 Jahre, mit dem zunächst der weit verbreiteten Ansicht widersprochen wird, Marktwirtschaft und Kapitalismus seien synonym und weiter, dass eine solche Marktwirtschaft anzustreben und dem Sozialismus vorzuziehen sei.

Karl Georg Zinn schreibt sachlich, lässt aber ebenso klar seine Meinung erkennen. Allerdings ist der Text nicht leicht verständlich. Ein Leser ohne wirtschaftswissenschaftlichen Hintergrund wird also Schwierigkeiten haben, zumal manche Sätze nicht enden wollen.

Zinn spannt zunächst einen historischen Bogen von vorkapitalistischer Zeit zum Industriekapitalismus, dessen „Bewegungsgesetze“ er genauer beschreibt. Er meint damit die kurz-, mittel- und langfristige Entwicklung des BIP – langfristig mit dem Ergebnis: „endogene Wachstumsstagnation“, das heißt, weiteres wirtschaftliches Wachstum in den entwickelten Volkswirtschaften ist aus verschiedenen (exogenen) Gründen nicht nur nicht mehr wünschenswert (Ökologie, knappe Ressourcen, Entwicklungschancen der Volkswirtschaften mit Nachholbedarf), sondern es hört ab einer bestimmten Stufe von selbst auf (und es ist vergebliche Liebesmüh, es wieder zum Erwachen bringen zu wollen). Was danach kommt, benennt der Autor mit „Neofeudalismus“. Dieser „wird hier ... im ökonomischen Sinn als Kapitalismus ohne Akkumulation verstanden. Der Begriff hebt insofern nicht auf die eher klassen-

und herrschaftstheoretischen Dimensionen ab.“ (Hervorhebungen T.S.)

Solcher Neofeudalismus könne im wesentlichen in zwei Versionen auftreten, einer sozialstaatlichen und einer oligarchischen, kapitalstaatlichen. Zinn befürwortet klar die sozialstaatliche Version. Überhaupt sind seine Analysen hauptsächlich von Marx und Keynes inspiriert. Erst zu Beginn des vierten – und vor dem Ausblick letzten – Kapitels kommt er auf die zweite Hälfte seines Buchtitels zu sprechen. Er meint damit letztlich einen Sozialismus mit marktwirtschaftlichen Komponenten „erheblichen Umfangs“, sieht ihn schon bei Keynes „Sozialisierung der Investitionstätigkeit“ und legt „Schumpeters Sozialismus-Modell“ vor. Den zeitlichen Horizont sieht Zinn recht weit entfernt<sup>1</sup> und richtet seinen Blick hoffnungsvoll z.B. nach China (hist. Beispiel: Ex-Jugoslawien). Immerhin hält er die sozialstaatliche Version des Neofeudalismus für wahrscheinlicher als die Negativversion und den Trend zu seiner Marktwirtschaft ohne Kapitalismus „weit weniger spekulativ, als das Gegenteil anzunehmen – einen ‚ewigen‘ Kapitalismus.“

Das langfristig nachlassende und schließlich verschwindende Wachstum begründet Zinn im wesentlichen mit dem tendenziellen Fall der Profitrate: Wo kein Profit mehr erzielt wird bzw. zu erwarten ist, wird nicht mehr investiert, jedenfalls nicht mehr in Kapazitätserweiterungen. D.h. die Netto-Investition fällt auf null. Damit ist auch das BIP-Wachstum gleich null. Dem entgegen wirke der Anstieg der Naturrente durch die relative Verknappung bzw. die Unvermehrbarkeit der Naturressourcen. Der Autor lässt jedoch nicht erkennen, was diese Feststellung für konkrete Konsequenzen hat. Die Profitrate insgesamt fällt doch nicht auf null? Oder nur langsamer? Jedenfalls empfiehlt er für seine präferierte sozialstaatliche Neofeudalismus-Version zwar öffentliche Investitionen in allerlei nützliche Dinge. Von z.B. einem Rückkauf der Naturressourcen durch die öffentliche Hand ist allerdings nirgendwo die Rede. Ohne dieses Detail teile ich den Optimismus des Autors nicht, dass die sozialstaatliche Version des Neofeudalismus die wahrscheinlichere ist.

Beim Thema Zinsen outet sich Zinn (fast) als Neoklassiker: Der Zins sinkt im Kapitalismus ohne

Wachstum gegen null.<sup>2</sup> Gespart wird trotzdem.<sup>3</sup> Es bedürfe lediglich zweier Maßnahmen: „Denkbar sind etwa die Übernahme und die Verwendung von Ersparnissen durch eine staatliche Finanzagentur.“ Und: „Der Fortfall der Rendite aus Ersparnissen wird eine Einstellungsänderung der Sparer erfordern, die jedoch nicht mehr als eine Anpassung der Gewohnheiten bedeutet.“ Wenn das mal nicht wieder zu viel Optimismus ist. Über die Zinsstruktur, die bisherige Untergrenze von null am kurzen Ende und die Liquiditätsfalle macht Zinn sich jedenfalls keine Gedanken. Klar, der Zins ist nicht das einzige Sparmotiv, entscheidet aber über die vorwiegende Form der Ersparnis, ob z.B. in Bargeld oder langfristig angelegt. Und das kann schon über Wohl oder Wehe einer Wirtschaft entscheiden.

Der Verteilungsfrage widmet Zinn ein ganzes, historisch-empirisch geprägtes Kapitel.<sup>4</sup> Meines Erachtens richtig stellt er die Zusammenhänge zur Erklärung der unterschiedlichen Entwicklung der Weltregionen über die Jahrhunderte dar. Dem Kolonialismus und dem Sklavenhandel kommt hierbei große Bedeutung zu. Auch „dass Verteilungsungleichheit und Ressourcenkonflikte die Hauptursachen von Kriegen ... bilden.“ Die Erklärung der innergesellschaftlichen Ungleichheit erscheint mir zumindest fragwürdig: „Der zur Herrschafklasse ... zählende Bevölkerungsanteil wuchs nicht proportional zur Gesamtbevölkerung. Deshalb wurden und werden die Reichen absolut und relativ immer reicher ...“ Relevanter ist schon die Aussage, dass mit dem Anstieg der Arbeitsproduktivität auch der Anteil des Mehrprodukts an der Wertschöpfung auf ein beispielloses Niveau stieg. Das Mehrprodukt ist m.E. nichts anderes als Kapitaleinkommen. Die Frage nach Abhilfe lässt dieses Kapitel offen. An anderer Stelle wird deutlich, dass dem Autor staatsinterventionistische Mittel vorschweben, um das Problem einzudämmen.

Mir persönlich hat sehr gut gefallen, dass der Autor das politische Schlagwort „Grünes Wachstum“ genauer unter die Lupe genommen hat. Er stellt mehrere glaubwürdige Szenarien vor, die verdeutlichen, welche Konsequenzen in wirtschaftlicher und ökologischer Hinsicht von den verschiedenen Interpretationen dieses Schlagwortes zu erwarten sind.

Fazit: Ich muss gestehen, dass der Autor mir sympathisch ist.<sup>5</sup> Er spricht erfreulicherweise Dinge an, von denen viele andere Autoren nichts wissen (wollen), und das auch noch auf eine unvoreingenommene Art. Die gezogenen Schlüsse gehen dann – aus meiner Sicht nicht immer schlüssig – doch in eine andere Richtung als der Buchtitel vermuten ließ. Insgesamt aber ein positives Buch, das die Angst vor einer Wirtschaft ohne Wachstum nimmt und zumindest teilweise wichtige Perspektiven aufzeigt. *Tobias Schütze*

- 1 „Eine solche Entwicklung vollzieht sich nicht in wenigen Jahrzehnten, sondern wird eher einige Generationen benötigen.“
- 2 „Ohne Profit versiegt die Zinsquelle für Ersparnisse - ...“ und „Der Kapitalismus ohne Wachstum tendiert zur völligen Abschaffung des Kredit- und Habenzinses.“
- 3 „Es bedarf jedenfalls keines Zinsanreizes, um zu sparen.“
- 4 „1.4 Wachstum von was und für wen?“
- 5 Diese Aussage leite ich auch aus den Titeln seiner anderen Schriften ab. (Es gibt einen Wikipedia-Artikel über K. G. Zinn.) Sie belegen eindeutig ein humanistisches Weltbild und eine stark kritische Haltung gegenüber dem Neoliberalismus.

### **Thomas Mayer** **Die neue Ordnung des Geldes –** **Warum wir eine Geldreform brauchen**

München: FinanzBuch Verlag, 2014. 252 Seiten.

Thomas Mayer schreibt an ein breites Publikum in verständlicher Sprache entlang eines roten Fadens. Die erste Hälfte des Buches beschreibt die Funktionsweise der heutigen Kreditgeldschöpfung im zweistufigen Bankensystem und diagnostiziert dessen Instabilität als Auslöser für Krisen und daher als zu lösendes Problem.

Die klaren und instruktiven Gedanken zum Kreditgeldsystem (Mayer: Passivgeldsystem) sind dem Laien, aber ebenso dem Kenner zu empfehlen. Unter Nutzung der begrifflichen Terminologie von Innengeld (Giralgeld) und Außengeld (Zentralbankgeld) bringt er entschieden auf den Punkt: „Tatsächlich nehmen die Banken eben nicht Bareinlagen entgegen und benutzen sie als Außengeld, um Innengeld über Kreditvergabe zu schaffen. Sie schaffen dagegen Innengeld, indem sie Kredite vergeben, und fragen Reserven, also Außengeld, davon abgeleitet nach. Die Zentralbank ... befriedigt lediglich die Nachfrage der Banken.“ (S. 36) Weil diese Erkenntnis über den status quo so wichtig ist, in einfacheren

Worten: „In Wirklichkeit schaffen die Banken aber Einlagen, indem sie Kredite vergeben. Erst dann borgen sie sich die notwendigen Reserven von der Zentralbank.“ (S. 41)

Mayer überführt das Prinzip der autonomen Kreditgeldschöpfung in der „öffentlich-privaten Partnerschaft“ in folgende Problemdiagnose: Passivgeldsysteme tendieren dazu, zu viele Schulden zu generieren, was am Ende zu Krisen führt bzw. die Staaten und Zentralbanken dazu verleitet, den Zusammenbruch durch Monetisierung der faulen Schulden abzuwenden.

In der zweiten Hälfte des Buches präsentiert Mayer daher einen relativ detailliert ausgearbeiteten Reformvorschlag. Seiner Diagnose entsprechend sucht er den Ansatzpunkt in der Herstellung einer exogen (nicht zwangsweise staatlichen) gesteuerten Geldversorgung im Sinne des Vollgelds von Huber. In der Essenz möchte Mayer genau wie andere Geldreformen den Zustand herstellen, von dem die neoklassische Theorie ausgeht: Geld legt sich als exogen gesetzter Bestand wie ein Schleier über die Realwirtschaft.

Mayer vermeidet zwei Probleme, welche Geldreformkonzeptionen typischerweise anhaften: erstens fehlt die Basis, wie das System heute überhaupt funktioniert, und zweitens gibt es kaum Anhaltspunkte, wie denn die Umstellung auf ein anderes System realistisch umzusetzen sei. Mayer entwickelt keine abstrakte Utopie, denn er weiß, wie das System heute funktioniert, und kann sich folglich Gedanken darüber machen, wie ein evolutionärer und friedlicher Übergang unter den gegebenen Bedingungen der (währungs)politischen Konstellation in Europa stattfinden kann.

Der Kern des Reformvorschlags liegt darin, dass Banken keine Kredite und damit Einlagen mehr schöpfen, sondern nur noch Einlagen als Kredite weiterreichen können. Dazu kommt: Wer eine Einlage in die Bank gibt, muss sich entscheiden zwischen einer unverzinslichen sicheren Einlage oder einer verzinslichen haftenden Krediteinlage (Investoreinlage). Die sichere Einlage ist sicher, weil daraus kein Kredit vergeben wird und diese vollständig mit Zentralbankgeld hinterlegt wird. Es gibt also keine Giralgeldguthaben mehr, weil die sichere Einlage automatisch einem Zentralbankgeldguthaben entspricht

und die Krediteinlage für Kreditausfälle haftbar gemacht werden kann. Dies wird möglich durch die Trennung der Bankbilanz in eine Kreditabteilung und eine Zahlungsabteilung.

Ohne weiter auf das durchaus plausibel dargestellte Übergangsszenario einzugehen, ist noch hervorzuheben, dass Geldmengenausweitungen nach einer festen Regel anhand des Anstiegs des Produktionspotentials erfolgen sollen. Aber nicht per Hubschrauber wie im Monetarismus oder per Staatsausgaben wie im Chicago-Plan oder beim Vollgeld Hubers, sondern per Gutschrift an die Bürger. Allerdings soll das Geld nicht (wie bei Helmut Creutz) per Post an alle Bürger gleich verschickt werden, sondern „anteilmäßig an die Besitzer von sicheren Einlagen in Form einer Gelddividende“. (S. 204) Das kommt der Friedman'schen negativen Inflationsrate gleich (auch unter dem Begriff Aktiengeld bekannt). Mayer steht dem Vollgeld sehr nahe, da er ebenso Kreditgeld (Mayer: Passivgeld) durch schuldloses Nettogeld (Mayer: Aktivgeld, immaterielles Warengeld) ersetzen möchte. Mayer wendet sich jedoch explizit gegen die das Vollgeld mit konstituierende Idee, dem Staat einen Finanzierungsvorteil zu verschaffen.

Der Autor hebt stets hervor, dass die gegenwärtige Passivgeldordnung mit inflationärem Druck den Staat und den Schuldner gegenüber dem Gläubiger bevorteile. Der bekennende Anhänger der liberalen österreichischen Denkschule geht noch weiter: „Seiner Natur als gesellschaftlicher Übereinkunft nach sollte sich Aktivgeld aus der Konkurrenz verschiedener Währungen entwickeln, wobei private und staatliche Anbieter am Wettbewerb teilnehmen können.“ (S. 235) Damit habe ich einige offene Fragen des Buches angedeutet und der Leser mag selbst bewerten, ob Mayer einfach eine Überdosis Hayek geschnüffelt hat oder eine nüchterne Analyse liefert, die zwangsläufig zu solchen Schlussfolgerungen gelangt.

Abschließend setze ich die Problemwahrnehmung des Autors in Beziehung zu seinem theoretischen Hintergrund und deute damit Grenzen an. Im Rahmen der Erklärung des Zinssatzes werden Gesell und Keynes gewürdigt; sie schneiden aber paradigmatisch bedingt folgerichtig schlecht

ab. Der Theoriekern der Österreichischen Schule unterstellt eine Präferenz für Gegenwartskonsum. Nur ein positiver Zinssatz überredet zur Zurückhaltung durch die Möglichkeit, in der Zukunft mehr konsumieren zu können. Damit wird ein langfristig positiver Zinssatz selbstverständlich und nötig, da er erst die Kapitalbildung erlaubt und das Gleichgewicht zwischen Kapitalangebot und -nachfrage sowie das optimale Konsumniveau herstellt. Arbeitslosigkeit aus einer gesamtwirtschaftlichen Konstellation heraus ist unmöglich ebenso wie strukturelle Nachfrageprobleme. Nach Mayer gibt es kein tieferes gesamtwirtschaftliches Problem abseits der Blasenbildung und Inflation durch übermäßige Kreditvergabe, die eben mittels seiner Reform einfach abgeschnitten werden soll. Mayer lässt sich von den theoretischen und empirischen Widerlegungen der unterstellten Gegenwartspräferenz zur Zinsbestimmung nicht beirren. Entsprechend kann er die keynesianisch-heterodoxe Problemorientierung einer stagnierenden Ökonomie mit hoher Arbeitslosigkeit und steigender Umverteilung aufgrund mangelnder effektiver Nachfrage und zu hohem Zinssatz nicht verorten. Aus einer solchen keynesianischen Perspektive aber setzt die Reform Meyers zu spät bei den Symptomen bzw. abgeleiteten Teilproblemen an. Dennoch erscheint es sehr sinnvoll, die klugen Vorschläge Meyers im Rahmen einer breiteren Problemdiagnose und Erörterung von Reformkonzepten weiterzuentwickeln.

*Ferdinand Wenzlaff*

### **Stiftung trias Das Erbbaurecht – Ein anderer Umgang mit Grund und Boden**

Hattingen: Eigenverlag, 2015. 58 Seiten.

Das Erbbaurecht bietet insbesondere auf kommunaler Ebene vielfältige Möglichkeiten, anders mit Grund und Boden umzugehen, als ihn als ein privates Kapitalgut zu behandeln, mit dem sich handeln und spekulieren lässt. Dazu hat die „Stiftung trias – gemeinnützige Stiftung für Boden, Ökologie und Wohnen“ eine sehr informative Broschüre mit einem breiten Spektrum von näheren Informationen herausgegeben.

Rolf Novy-Huy stellt grundsätzliche Überlegungen zum „Umgang mit Grund und Boden,

Menschen und Geld“, das Selbstverständnis der Stiftung trias und das „(Erb-)Baurecht als modernes Instrument der Stadt- und Bodenpolitik“ dar. Egbert Dransfeld rekapituliert die Entstehungsgeschichte des Erbbaurechts und erklärt die „Verkehrswertermittlung von Erbbaurechten und Erbbaugrundstücken“. Wolfgang Kiehle, Wilfried Brzynczek, Matthias Nagel, Jürgen Schlögel und Kay de Cassan gehen in ihren Beiträgen auf einzelne Aspekte der kommunalen Praxis des Erbbaurechts ein. Tobias Behrens und Daniela Wullers berichten über beispielhafte Anwendungen des Erbbaurechts in Hamburg und Amsterdam, Daniela Brahm und Les Schiesser über „Ex-Rotaprint in Berlin-Wedding als Best Practice Beispiel“ und Frauke Burgdorff über ein Modell in Krefeld. Ulrich Kriese und Klaus Hubmann informieren über die Bodeninitiative Basel und Dirk Löhr zeigt, welche Möglichkeiten das Erbbaurecht bietet, den Strukturwandel in schrumpfenden Städten in sinnvolle Bahnen zu leiten. Andrej Schindler beschließt diese Broschüre mit einer Übersicht über „Literatur zum Thema Boden, Bodenreform und Erbbaurecht“. Die Broschüre kann direkt beim Sekretariat der Stiftung trias bestellt werden:

Martin-Luther-Str. 1, 45525 Hattingen.

Tel.: 02324 - 90 222 13.

Mail: [info@stiftung-trias.de](mailto:info@stiftung-trias.de)

Internet: [www.stiftung-trias.de](http://www.stiftung-trias.de)

*Red.*

„Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen. ... Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich und haben ohne Unterschied Anspruch auf gleichen Schutz durch das Gesetz. Alle haben Anspruch auf gleichen Schutz gegen jede Diskriminierung ... und gegen jede Aufhetzung zu einer derartigen Diskriminierung.“

**Allgemeine Erklärung der Menschenrechte  
vom 10. Dezember 1948, Art. 1 und 7**

## VERANSTALTUNGEN

### **Welt aus den Fugen? Klimakatastrophe – Flüchtlingselend – Kriege überall Drei Tagungen des Seminars für freiheitliche Ordnung in Bad Boll**

*„Der zivilisierte Mensch hasst die Grenzen.  
Er ist Individualist und Weltbürger.“*

Silvio Gesell 1898  
Gesammelte Werke Band 2, S. 222

In letzter Zeit hat es die Menschheit in steigendem Maße mit Problemen zu tun, die den Rahmen einzelstaatlicher Lösungsmöglichkeiten weit übersteigen. Hervorgehoben seien

- das immer drängender werdende Klimaproblem, das die Erde als Ganze und die ganze Menschheit betrifft,
- die Kriege, die große Teile der Erde dauerhaft mit Gewalt überziehen und zwangsläufig und nicht erst als Stellvertreterkriege den Rahmen einzelstaatlicher Lösungen sprengen, und
- die von Umweltproblemen und Kriegen hervorgerufenen Flüchtlingsströme, die sowohl im Verhältnis der aufnehmenden Staaten zueinander als auch im Verhältnis der Flüchtlinge zu den Ansässigen Probleme aufwerfen, die aus einzelstaatlicher Perspektive neu sind und neue Lösungen erfordern.

Nicht nur die einzelnen Staaten sind offensichtlich von diesen Problemen überfordert: auch die bisherigen Versuche zwischenstaatlicher Lösungen – von den Klimakonferenzen bis zur Kriegs- und Krisendiplomatie im Nahen Osten und anderswo – geben nicht die Zuversicht, dass auf diesem Wege tragfähige Lösungen gefunden und durchgesetzt werden können. Wenn man vor diesen Krisen nicht in Ratlosigkeit erstarren und den Mut verlieren will, sollte man sich vergegenwärtigen, dass der wohl wichtigste Schritt in der Staatsbildung der Neuzeit der Übergang vom Absolutismus zum Rechtsstaat war. Der Herrscher – später die Exekutive demokratischer Staaten – steht seit diesem Wendepunkt nicht mehr über dem Recht, sondern ist selbst an das Recht gebunden. Mit dieser Verrechtlichung des Staates

ging die Befreiung der Gesellschaft Hand in Hand: aus Untertanen wurden gleichberechtigte Bürger mit Grund-, Freiheits- und Teilhaberechten, die sich untereinander als Gleiche begegnen. Diese innere Entwicklung der Staaten zum demokratischen Rechtsstaat ist noch keineswegs abgeschlossen.

Nach außen dagegen sieht sich auch der demokratische Rechtsstaat herkömmlicherweise immer noch als souveräner Staat, der zwar – nach der Verfassung einiger Staaten – keinen Angriffskrieg vom Zaun brechen darf, in der Außenpolitik aber durchaus seinen (wirklichen oder vermeintlichen) Interessen folgen und ihnen, entsprechend seiner Macht, Nachdruck verleihen darf. Eine Bindung an eine Rechtsordnung, die nach der Innenpolitik nun auch die Außenpolitik von einem Gewirr willkürlicher Einzelmaßnahmen der Machtausweitung und Interessenverfolgung in eine äußere Ordnung, d.h. in ordnungspolitische Beiträge zu einer Weltinnenpolitik umwandeln würde, ist nur in Ansätzen sichtbar, zum Beispiel in der Charta der Vereinten Nationen und im Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag.

Die oben genannten Probleme werfen jetzt aber mit großer Dringlichkeit die Frage auf, ob der demokratische Rechtsstaat, der nach innen seine Bürger als Gleiche betrachtet, sich nach außen weiterhin zu anderen Staaten und zu den Menschen, die nicht seine Staatsangehörigkeit besitzen, ganz anders verhalten darf. Auf diese Fragen werden von den Staaten jetzt neue Antworten erwartet. Dabei wird die Globalisierung der wirtschaftlichen und kulturellen Prozesse zu bedenken sein, die an alten Staatsgrenzen schon lange nicht mehr haltmachen und immer mehr Menschen auch schicksalsmäßig miteinander verbinden. Nicht nur die internationale Rechtsordnung bedarf dazu der Weiterentwicklung, auch die internationale Ordnung von Wirtschaft und Kultur muss durchlässiger werden, damit die verbleibenden Interessenkonflikte in zivilisierteren Formen bewältigt werden können als bisher.

Könnte z.B. nicht einer der ersten Schritte darin bestehen, das Stimmengewicht der Staaten im internationalen Zusammenhang nach der Anzahl ihrer Staatsangehörigen zu bemessen? Der

Gleichheit der Bürger im Inneren, die für den demokratischen Rechtsstaat fundamental ist (nicht nur als demokratische Gleichheit bei der Mitwirkung im Staat, sondern auch als rechtsstaatliche Gleichheit vor dem Gesetz), muss auch international zum Durchbruch verholfen werden, wenn der Gleichheit aller Menschen weltweit der Weg geebnet werden soll. Das Prinzip: „Ein Staat - eine Stimme“ muss abgelöst werden durch eine Ordnung, die der demokratischen und rechtsstaatlichen Gleichheit aller Menschen weltweit besser entspricht.

Aus den Überlegungen zu den drei Krisen folgt, dass wir die Herabstimmung des Staates vom Macht- und Interessenstaat zum reinen Rechtsstaat nicht nur aus innenpolitischen, sondern auch aus weltpolitischen Gründen brauchen. Sie bedeutet im Grunde keine Änderung, wohl aber eine Erweiterung und Ergänzung und gewissermaßen eine Vollendung unserer Vorstellungen vom demokratischen Rechtsstaat. Wir sollten diese Aufforderung, vor die uns die Krisen stellen, im Interesse unserer eigenen Weiterentwicklung annehmen: das ist es, was wir uns und der Welt schulden!

Es wird noch ein langer Weg zur außenpolitischen Herabbestimmung der Staaten und ihrer angemessenen Souveränität zu Trägern einer weltweiten Rechtsordnung sein. Und dieser Weg wird kaum leichter sein, als der Übergang vom Absolutismus zum Rechtsstaat. Aber die drei Krisen und das bisherige Scheitern nationaler und zwischenstaatlicher Lösungsversuche zeigen mit allem Nachdruck, dass die Zeit nationalstaatlicher Souveränität auch nach außen zu Ende gehen muss. Erst dann wird es uns auch gelingen, die innerstaatliche Rechtsstaatlichkeit in der Ergänzung durch eine entsprechende Außenpolitik zur Vollendung zu bringen (Zusammenhang von Innen- und Außenpolitik).

Das Seminar für freiheitliche Ordnung hat am 9./10. April 2016 die erste dieser drei Tagungen zum Thema „Klimapolitik und internationale Gerechtigkeit“ durchgeführt.

Die zweite Tagung zum Thema **„Flüchtlinge – Heimat verloren – Zuflucht versperrt?“**

findet am 29./30. Mai 2016 in Bad Boll statt.

Die Flüchtlingsströme unserer Zeit sind keine freiwilligen Wanderungsbewegungen. Sie werden angetrieben von Gefahren und Not in den Herkunftsländern und der Hoffnung auf ein gesichertes Leben in den Ländern der Zuflucht. Die Zufluchtsländer haben die Flüchtlinge – anders als die Gastarbeiter früherer Zeiten – nicht gerufen. Die Ansässigen fürchten jetzt, den Flüchtlingen von ihrem Wohlstand etwas abgeben und womöglich mit ihnen um Wohnungen, Arbeitsplätze und Sozialleistungen des Staates konkurrieren zu müssen. Diese Sorge bremst die Aufnahmebereitschaft. Auch die Nähe des Fremden macht einigen Angst. Es drohen politische Erdbeben!

Der demokratische Rechtsstaat steht unter der Leitidee gleicher Freiheit seiner Bürger. Den Menschen, die nicht seine Bürger sind, gewährt er allenfalls Asyl, behält sich im Übrigen aber vor, ihre Einwanderung nach seinen eigenen Interessen zu genehmigen oder zu versagen.

Genehmigt er die Einwanderung, so wird aus dem Fremden, um den der Staat sich bis dahin nicht gekümmert hat, ein (Mit-)Bürger, der die gleiche Freiheit wie alle andern im demokratischen Rechtsstaat genießt. Die Krisen, die wir zurzeit erleben, insbesondere die Flüchtlingskrise, die Klimakrise und die Kriege überall in der Welt lehren uns aber jetzt, dass uns die Menschen jenseits unserer Staatsgrenzen nicht gleichgültig sein dürfen. Damit stellen sich ganz neue Fragen: insbesondere Fragen nach der Bedeutung und Rolle des Staates in einer immer mehr zusammenwachsenden Menschheit – Fragen, auf die Antworten erst noch gefunden werden müssen.

Dabei ist zu bedenken, dass wir nicht nur Staatsbürger, sondern auch Erdenbürger sind. Über den Staat mit seinen Grenzen hinausgehend wird damit die Menschheit als größte Einheit menschlicher Gemeinschaften sichtbar. Im Unterschied zu allen bisherigen Gemeinschaften ist sie, weil sie alle umfasst, ohne Grenzen: sie schließt keinen aus. Eine Reform der Bodenordnung, die die Erde als Erbteil der ganzen Menschheit ansieht und jedem Menschen ein gleiches,



originäres Heimatrecht auf ihr zuspricht, trägt dem vom Ansatz her Rechnung.

Es ist weiter zu bedenken, dass wir in der Wirtschaft Teilnehmer an einer weltweiten Arbeitsteilung geworden sind, in der tendenziell jeder Auftraggeber und Auftragnehmer aller anderen ist und davon nicht ausgeschlossen werden darf. Die Überwindung der Arbeitslosigkeit gehört auch ohne die Flüchtlinge zu den wichtigsten politischen Aufgaben. Eine Geldreform macht dieses Ziel erreichbar.

Und schließlich: Kulturelle Freiheit! Auch die brauchen wir im eigenen Land und weltweit. Wir brauchen sie und die aus ihr hervorgehende Vielfalt und schaffen damit zugleich den Boden für Toleranz und Anerkennung des Fremden – eine entscheidende Voraussetzung für die Bereitschaft zur Aufnahme von Flüchtlingen.

Alles Wesentliche, was wir benötigen, um bei uns die Flüchtlingskrise zu meistern, brauchen wir also sowieso – für uns selbst, für die Herkunftsländer und weltweit.

Der Termin für die dritte Tagung

### „Krieg und Frieden“

steht derzeit noch nicht fest und wird demnächst auf den Internetseiten

<http://sffo.de/sffo/sffova2016.html#mai> und

[www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de](http://www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de)

bekannt gegeben.

*Fritz Andres*

## 58. Mündener Gespräche

am 29./30. Oktober 2016

Unter dem Gesamtthema „Ressourcen und Klima als Menschheitsgüter“ veranstaltet die Sozialwissenschaftliche Gesellschaft ihre nächsten Mündener Gespräche **nicht** wie ursprünglich angekündigt am 5./6. November 2016 in der Reinhardswaldschule in Fulda bei Kassel, sondern bereits eine Woche vorher am 29./30. Oktober 2016 in der Silvio-Gesell-Tagungsstätte in Wuppertal.

*Nähere Informationen:*

[www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de](http://www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de)

## DIE MITWIRKENDEN DIESES HEFTS

*Dr. Frank Adler*

Choriner Dorfstr. 10, 16230 Chorin

*Dr. Wilfried Bommert*

c/o Institut für Welternährung

Sebastian-Schöler-Weg 11, 51588 Nümbrecht

*Dr. Justina A. V. Fischer*

[mail@justinaavfischer.de](mailto:mail@justinaavfischer.de)

*Dr. Ewald Hiebl*

c/o Universität Salzburg - Leopold Kohr-Archiv

Universitätsplatz 1, 5020 Salzburg / Österreich

*Anja Humburg, Umweltwissenschaftlerin*

Steckelberg 1, 21400 Reinstorf-Holzen

*Dr. Christof Karner*

Steinleitenstr. 3, 3232 Bischofstetten / Österreich

*Prof. Dr. Miles Kimball*

University of Michigan / Department of Economics

Ann Arbor, MI, 48109 / USA

[zxkimball@gmail.com](mailto:zxkimball@gmail.com)

*Dr. Christoph Körner*

Erlbachtal 40, 09306 Erlau bei Mittweida

*Dr. Ulrich Kriese*

Fahrnauer Straße 4, 79650 Schopfheim

*M.Sc. Dirk Posse*

Schützenstr. 21, 35039 Marburg

*Dr. Ulrich Schachtschneider*

Hamelmannstr. 13, 26129 Oldenburg

*Dipl.-Math. Alwine Schreiber-Martens*

Jahnatal 4a, 01594 Jahnishausen bei Riesa

*Dipl.-Volkswirt Tobias Schütze*

Triebnitzweg 9, 07745 Jena

*Dr. Christian Thiel*

c/o Universität Augsburg - Soziologie/Sozialkunde

Universitätsstr. 10, 86135 Augsburg

*Prof. Dr. Johann Walter*

c/o Westfälische Hochschule - FB Wirtschaft

Neidenburger Str. 43, 45877 Gelsenkirchen

*Dipl.-Kfm. und Dipl.-Volksw. Ferdinand Wenzlaff*

Zimmerstr. 29, 22085 Hamburg

*Dr. Helmut Woll*

Falkenberger Str. 52, 28215 Bremen

[www.helmut-woll.de](http://www.helmut-woll.de)



Gerhard Senft (Hg.)

# LAND UND FREIHEIT

Zum Diskurs über das Eigentum an Grund und Boden in der Moderne

ISBN 978-3-85371-358-7, br., 208 S., 15,90 Euro

## Mit Beiträgen von:

*Thomas Paine, Adam Smith, David Ricardo, John Stuart Mill, Pierre-Joseph Proudhon, Friedrich Engels, Silvio Gesell u.a.*

# PROMEDIA

[www.mediashop.at](http://www.mediashop.at)

[promedia@mediashop.at](mailto:promedia@mediashop.at)

Tel: +43 1 405 27 02 | Fax: +43 1 405 27 02-22



200 Seiten | 22,00 EUR  
ISBN 978-3-7316-1013-7

Dirk Lohr

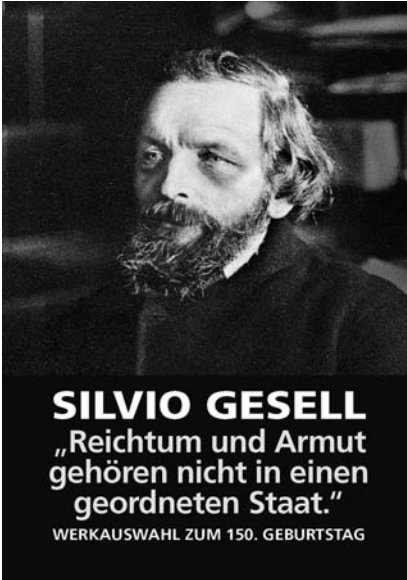
## Prinzip Rentenökonomie

Wenn Eigentum zu Diebstahl wird

Ökonomische Renten: Dies sind Erträge, denen keine Kosten gegenüberstehen – zumindest einzelwirtschaftlich. Allerdings gibt es nichts umsonst. Irgendjemand wird immer belastet, und sei es durch Verzichtskosten. Das Muster: Gut organisierte Gruppen streichen die ökonomischen Renten ein, die Kosten werden auf schwach organisierte Gruppen abgewälzt. Unsere Eigentumsordnung leistet dem Vorschub. Sie differenziert nicht zwischen Eigentum, das auf Leistung gründet, und solchem, das ursächlich auf Usurpation beruht. Die „Ersünde“ ist das Privateigentum an Land und die daraus fließenden Renten. Land stellt die Blaupause für die „Einfriedung“ weiterer Allmenden dar, deren Inwertsetzung aber zu Lasten der Allgemeinheit geschieht. Die Entkopplung von Nutzen und Kosten in der Rentenökonomie wäre daher nicht ohne die Entkopplung von Leistung und Gegenleistung im Steuerstaat möglich. So wird z.B. Infrastruktur öffentlich finanziert, die ökonomischen Renten hieraus werden aber privatisiert. Entkoppelt man aber einerseits in der Rentenökonomie Nutzen und Kosten, droht hier Marktversagen; entkoppelt man andererseits im Steuerstaat Einnahmen und Ausgaben, ist die Folge dort Staatsversagen. Nötig ist daher eine Politik, die konsequent und gegen den Widerstand von Interessengruppen die Reziprozität von privaten Nutzen und Kosten sowie staatlichen Einnahmen und Ausgaben herstellt.

**m**etropolis

Verlag für Ökonomie, Gesellschaft und Politik



SILVIO GESELL:  
**„Reichtum und Armut  
gehören nicht in  
einen geordneten  
Staat.“**

Werkauswahl zum  
150. Geburtstag  
zusammengestellt  
von Werner Onken

2. überarbeitete  
Auflage 2012

230 Seiten, Pb.

19,90 EURO [2012]

ISBN 978-3-87998-462-6

Am 17. März 2012 jährte sich zum 150. Mal der Geburtstag des Kaufmanns und Sozialreformers Silvio Gesell, der wegen seiner grundlegenden Vorschläge für die Verwirklichung einer freiheitlichen und gerechten, den Frieden fördernden Gesellschaftsordnung mehr Beachtung verdient, als ihm bisher im allgemeinen und in der Wissenschaft im besonderen zuteil wurde. Aus diesem Anlass soll das vorliegende Buch die Persönlichkeit Silvio Gesells vorstellen und anhand einer Auswahl von Textpassagen aus seinen Werken einen Einblick in seine sozialreformerische Gedankenwelt vermitteln.

Bestellungen:  
SOZIALÖKONOMIE-SHOP  
[www.sozialoekonomie.de](http://www.sozialoekonomie.de)